

Inhalt

**! Schwerpunktthema:
Multikulti statt Nazis**



Seiten 3, 4, 7, 11 und 12



Kiezstrukturen Seite 6



**Baumarkt am
Yorckdreieck** Seite 7



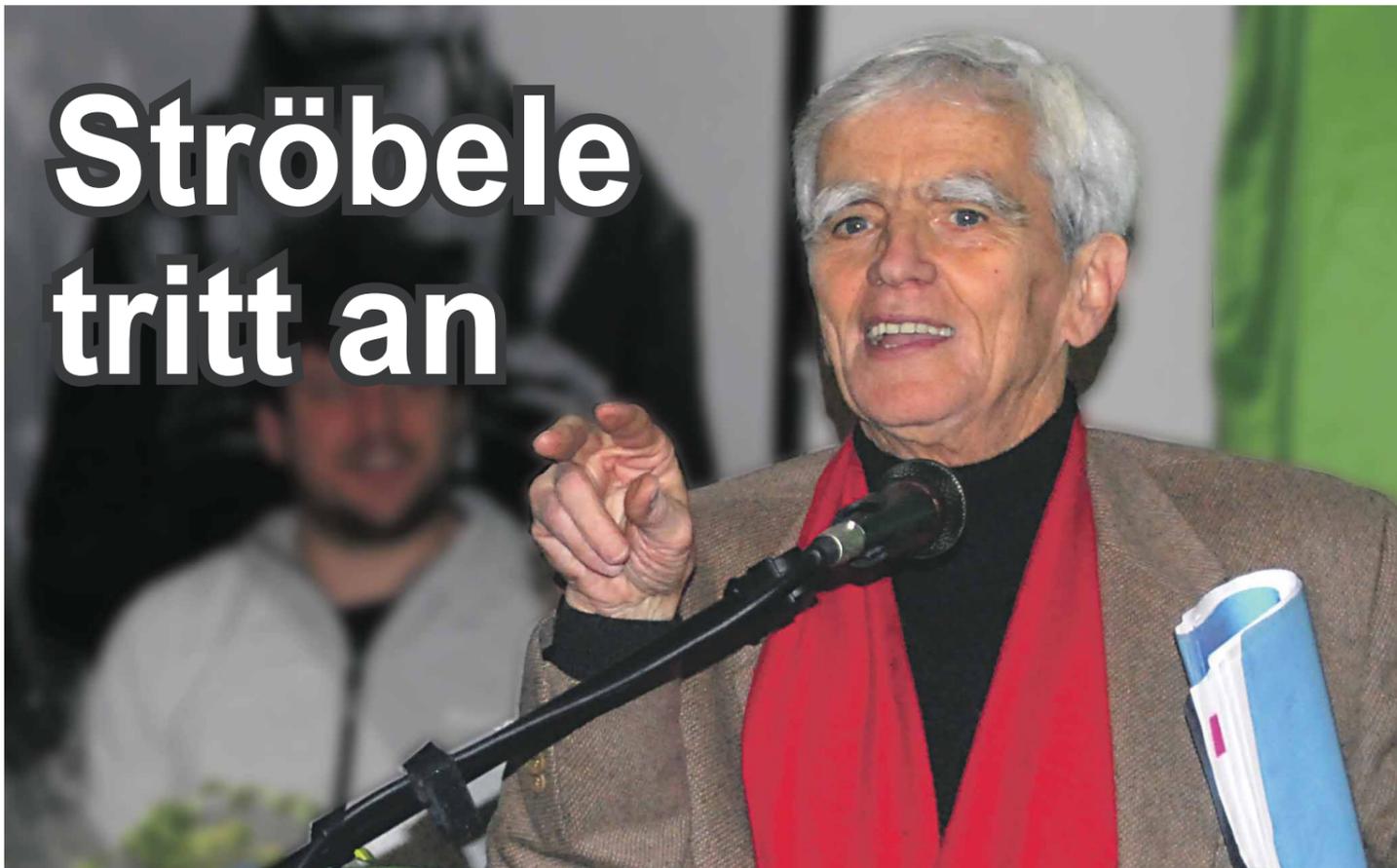
! Projektehaus Seite 7



Zweckentfremdung Seite 8

Verfassungsschutz auflösen	2
! Ausländerbehörde abschaffen	3
! Roma	3
Versammlungsrecht	3
! NPD-Verbot	4
! Flüchtlingswohnheim	4
Homophobie	4
Tram 21	5
Theaterkapelle	5
WLAN im Rathaus	5
Service und Impressum	5
Barrierefreier Wohnraum	6
Rund ums Bezirksparlament	6 + 7
Knapper Wohnraum	8
Liegenschaftspolitik	8
Interview mit Antje Kapek	9
Straßenbäume	9
Kultur oder Kommerz	9
Grüne Köpfe im Bezirk	10
A 100	10
Landesmitgliederversammlung	10
Revolution 1848	11
! Krieg den Palästen (deutsch)	11
West Side Gallery	12
! Krieg den Palästen (türkisch)	12

Ströbele tritt an



Haus der Demokratie, 2. Februar 2013: Hans-Christian Ströbele wird von seinem Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg-Ost zum Direktkandidat für die Bundestagswahl am 22. September gewählt.

Foto: ck

Es geht um die soziale Wende

Hans-Christian Ströbele will sein Direkt-Mandat im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg-Ost verteidigen. Nach einer leidenschaftlichen und kämpferischen Rede erhält er auf der Mitgliederversammlung von einer überwältigenden Mehrheit das Vertrauen.

Die Liste der politischen Agenda von Hans-Christian Ströbele ist lang: Das beginnt beim Thema „Verfassungsschutz“ und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Außenpolitisch fordert er ein sofortiges Ende des Krieges in Afghanistan. Die so genannte Euro-Rettung, die nur den Banken nützt, steht ebenso auf seinem Zettel wie eine Korrektur der Hartz-IV-Gesetze und einschneidende Verbesserungen im Mietrecht.

„Nach der Energiewende geht es jetzt um die soziale Wende!“ – auf diese Formel bringt er unter starkem Beifall sein politisches Bekenntnis.

Und im Bezirk? „Das Besondere dieses Wahlkreises sind die Leute, die Menschen hier!“ In aller Unterschiedlichkeit der Lebensgeschichten, der Herkunft, der Ziele. Und für die will er sich einsetzen.

Er verspricht einen phantasievollen Wahlkampf, der Spaß machen soll, und kann sich am Ende über das Votum von mehr als 92% der wahlberechtigten bündnisgrünen Mitglieder seines Wahlkreises freuen!

Der Stachel hatte schon vorab ausführlich mit Hans-Christian gesprochen.

Stachel: Nach 15 Jahren Bundestag, davon 11 Jahre als Direktkandidat: Was sind deine Antriebskräfte, wo liegen deine politischen Visionen für die kommenden 4 Jahre?

Hans-Christian: Es sind drei Hauptthemen, die mich umtreiben und zu de-

nen ich mich einmischen will. Sie sind weiter aktuell. Das ist der Afghanistan-Krieg: Ich will immer wieder anmahnen und dazu beitragen, dass es 2013/14 auch tatsächlich zu einem Ende des Militär-Einsatzes kommt. In dem Krieg sind zehntausende Menschen getötet und verletzt worden. Ich war von Anfang an dagegen und habe mit vielen meiner Voraussagen leider recht behalten. Was jetzt im Bundestag beschlossen wurde, ist kein Beendigungsmandat, sondern eine Mogelpackung. Viel spricht dafür, dass der Krieg auch nach 2014 weiter gehen wird.

Aber deine Position ist nicht der sofortige Abzug?

Nein. Das wichtigste ist, dass dieser Krieg so schnell wie möglich beendet wird. Es muss ernsthaft verhandelt werden, auch mit den Taliban, erst über einen sofortigen Waffenstillstand und dann darüber, wie es weitergeht. Ich war selbst zweimal in Afghanistan und habe sowohl mit Leuten aus der früheren Taliban-Regierung als auch aus anderen politischen Gruppen gesprochen. Und selbst ein Abgeordneter aus Kandahar, der sich unmittelbar in seinem Leben durch Aufständische bedroht sieht, war dafür, die Taliban in die Regierung aufzunehmen. Wenn einfach so weitergemacht wird wie bisher, steht man 2014 nur vor der Alternative: Entweder es gibt wieder einen fürchterlichen Bürgerkrieg oder der NATO-Krieg geht weiter. Beides wäre schrecklich.

Und wo siehst du Chancen, wo gibt es Hoffnung?

Der Krieg ist verloren. Die Taliban werden sich zumindest teilweise durchsetzen. Aber auch sie scheinen kriegsmüde. Auch auf deren Seite gibt es Bereitschaft zu Verhandlungen und die Hoffnung auf die Fortdauer von Finanzhilfe. Der frühere Wirtschaftsminister der Taliban hatte ein Jahresbudget, das ungefähr den heutigen Kosten einer Überlandstraße entspricht. Er sagt: Mit Geldern, wie sie inzwischen geflossen sind, hätte er das Land wiederaufbauen können. Noch ist Zeit, auf solcher Basis etwa Garantien für Menschenrechte, insbesondere Frauenrechte, auszuhandeln.

Und wie stehst du zu dem Drohnen-Einsatz der USA?

Das nenne ich extralegale Hinrichtungen. Man kann nicht angeblich Verhandlungen anstreben und gleichzeitig die potentiellen Partner zum Abschuss freigeben. Und immer wieder werden Unbeteiligte getroffen. Das schürt Hass und Gewalt. Einer der Taliban, mit denen ich gesprochen habe, war vier Jahre im Folterknast Guantanamo. Er ist freigelassen worden, ohne dass ihm jemals gesagt wurde, was man ihm vorwirft. Man darf auch nicht vergessen: Der Krieg wurde ursprünglich zur Vertreibung und Vernichtung von Al-Kaida geführt, nicht der Taliban.

Kommen wir zu deinem zweiten Thema.

Ja gern. Zur Finanz- und Bankenkrise und deren Lösung mit Steuermilliarden. Ursprünglich eigentlich nicht mein Thema. Ebenso wenig wie die Rettungsschirme für Portugal, Spanien und vor allem Griechenland. Ich habe dazu häufig anders abgestimmt als meine Fraktion. Mittlerweile sehe ich mich in meiner Kritik bestätigt. Man darf ein Land nicht kaputt sparen. Und man muss sich mal vorstellen, was in Deutschland los wäre, wenn Teile der Bevölkerung überhaupt kein Einkommen mehr haben, Rentner und öffentliche Bedienstete Abstriche von 20 bis 25% hinnehmen müssten. Das darf man den Menschen nicht zumuten. Das ist eine ungeheure soziale Schande!

Und die Gelder fließen ausschließlich in den Schuldendienst ...

... und kommen den Banken, vor allem den französischen und deutschen, zugute, während die Wirtschaft in Griechenland schrumpft. Wenn eine Bank sich verzockt, muss sie auch pleite gehen können. Für Sparer, die Geld für ihr Alter und Not anlegen, sollte der Staat eintreten. Aber für alle anderen? So ist nun einmal der Kapitalismus: Wer auf hohe Gewinne spekuliert, muss das Risiko tragen, wenn es schief geht.

Fortsetzung auf Seite 2

Interview mit Hans-Christian Ströbele

Fortsetzung von Seite 1

Stachel: Kommen wir zu Thema Nummer drei.

Hans-Christian: Das ist der Nazi-Untergrund. Als der 2011 aufflog, konnte ich mich aus der Aufklärung nicht raushalten. Schnell war das eklatante Versagen der Geheimdienste klar und betraf damit auch meine weitgehend geheime Tätigkeit im Bundestag, nämlich die Kontrolle der Geheimdienste. Daher sitze ich seither im Untersuchungsausschuss zur NSU. So ein U-Ausschuss – bisher mein vierter – beansprucht viel Zeit, Nerven und Arbeitskraft. Aber eines ist sicher: Die notwendigen Konsequenzen aus dem Versagen werden auch den neuen Bundestag beschäftigen.

Wie könnten solche Konsequenzen aus grüner Sicht aussehen?

Wir wollen den Geheimdienst in seiner jetzigen Form auflösen. In einer offenen Demokratie ist ein solcher ‚Verfassungsschutz‘ nicht notwendig. Das ist Aufgabe der Bürger.

Und alles, was darüber hinaus geht, muss möglichst offen und transparent geschehen.

Dafür gibt es die parlamentarischen Kontrollgremien. Meine Devise war immer: Man muss dem Geheimdienst das Geheime nehmen. Da ist ja zum Glück auch schon einiges geschehen.

Und innerhalb einer möglichen rot-grünen Koalition, wo siehst du dich da?

Immer nur als Parlamentarier. Ich habe immer schon gesagt: Ich will da nichts ‚werden‘. Die Bevölkerung als Abgeordneter im Parlament und auch sonst vertreten – eine wichtigere Aufgabe gibt es für mich nicht. Und die Stellung als direkt gewählter Abgeordneter gibt mir dabei eine besondere Freiheit und Selbständigkeit.

Womit wir beim Wahlkreis, bei unserem Bezirk wären.

Das Aufregende an diesem Bezirk ist: Hier geht man Probleme anders an. Die Leute mischen sich häufiger selbst ein! Ob das nun der Druckraum und die Mietermobilisierung am Kotti ist oder die Not der Flüchtlinge, die Rettung der Bäume am Landwehrkanal oder der Komplex Media-Spree: Unser Anspruch ist, die Menschen dabei zu unterstützen, ihre Anliegen ernst zu nehmen, das Gespräch zu suchen und zuzuhören was los ist. Das ist unser Anspruch als Grüne. So haben wir z.B. als erste Partei wegen Mieterhöhung und Gentrifizierung Alarm geklingelt. Da setzen andere noch auf die Kräfte des freien

Marktes. Jetzt übernimmt die SPD und ihr Kandidat Steinbrück, von dem ich das nicht erwartet hätte, ebenfalls die völlig richtigen Forderungen aus der Bevölkerung! Mieterhöhungen müssen gedeckelt werden!

Ein Thema, das immer mehr brennt, gerade in unserem Bezirk!

Na ja, die Probleme stoßen hier häufig früher auf. Manche werfen mir vor, ich sei für Multi-Kulti. Das stimmt, aber ich leugne nicht die Probleme. Viele haben auch damit zu tun, dass Kinder aus Migrantenfamilien weiter in Bildung und Berufsmöglichkeiten benachteiligt sind. Ich versuche zu helfen, wenn sich die Leute mit ihren Sorgen an mich wenden. Und in der sogenannten großen Politik engagiere ich mich für Ausländerwahlrecht und Zulassung von doppelter Staatsbürgerschaft.

Wie schätzt du denn die Möglichkeiten im Bundestag ein, wie effizient ist die Arbeit dort, wie hoch ist der Einfluss von Politik auf das Leben der Menschen tatsächlich?

Effizienz und Einfluss einzelner Abgeordneter aus der Opposition sind bescheiden. Ich sehe den heutigen Parlamentarismus durchaus kritisch. Im Plenum werden Entscheidungen meist nur abgesehen. Die Möglichkeit sie durch eine Rede noch zu beeinflussen, sind in der Nähe von Null. Aber man kann abweichende Positionen immer wieder öffentlich machen. Es lohnt sich, dicke Bretter lange zu bohren. Denn das Bewusstsein verändert sich, jenseits von schnellen Erfolgen. Beispiele ökologische Landwirtschaft oder auch die Energiewende. Der Anteil von erneuerbaren Energien liegt jetzt bei 25 %. Vor Rot-Grün hat das kaum jemand für möglich gehalten. Das Bewusstsein ist da – die Realität hinkt noch ein wenig hinterher.

Und da willst du ran!

Gar keine Frage: Es waren oft Außen-seiterpositionen, die ich vertreten habe. Nicht nur zu Afghanistan, sondern zum Beispiel auch zu Tobin- und Vermögenssteuer oder im Mietenbereich. Ganz allmählich hat sich die Haltung dazu verändert. Ich setze mich dafür ein, dass das auch in einer rot-grünen Koalition so bleibt!

Hans-Christian, herzlichen Dank.

Interview:
Henry Arnold und Christian Könneke

Verfassungsschutz auflösen, Sicherheitsbehörden kontrollieren

Nach der Mordserie der Nazis im Untergrund wissen wir, dass der Verfassungsschutz über viele Jahre weder die Grundwerte der Verfassung noch das Leben der Bevölkerungsgruppen, denen die neun Ermordeten angehörten, geschützt, sondern oft eher geschadet hat. Die Kontrolle des Geheimdienstes versagte. Anschließend wurden Akten geschreddert. Externe Kontrolle des Geheimdienstes wurde nicht akzeptiert. Der Respekt vor dem Parlament und dessen Aufklärungsbemühungen fehlten.

Als Konsequenz aus diesem totalen Versagen hat die grüne Fraktion beschlossen, den Verfassungsschutz aufzulösen. Bisherige Aufgaben des Geheimdienstes wie die Beobachtung von extremistischen Bestrebungen soll ein unabhängiges „Institut für Demokratieförderung“ übernehmen, soweit die Erkenntnisse – wie bisher beim VS schon zu ca. 80% – aus offenen Quellen stammen. Das neue Institut hat als Stiftung weder hoheitliche Befugnisse noch setzt es nachrichtendienstliche Mittel ein. Stattdessen sollen die Mitarbeiter Websites oder Bücher auswerten, öffentliche Veranstaltungen besuchen und Gespräche führen. Die Leitung des Instituts wird vom Bundestag gewählt, aber partei- und regierungsunabhängig besetzt. Aufgabe des Instituts ist „Strukturen und Zusammenhängen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland“ zu beobachten und zu analysieren sowie Bestrebungen, die sich gegen das „friedliche Zusammenleben der Völker“ richten. So gewonnene Erkenntnisse stehen dem Parlament, aber auch Journalisten und anderen Interessierten zur Verfügung.

Solange restliche VS-Aufgaben verbleiben, sollen sie – nach einem „institutionellen und personellen Neustart“

– durch eine Abteilung „Inlandsaufklärung“ im Bundesinnenministerium wahrgenommen werden. Diese wird viel kleiner als das bisherige Bundesamt für Verfassungsschutz. Nicht nur die bisherigen Chefs, sondern auch deren Mitarbeiter, die so dramatisch bei der Aufklärung des Nazi-Untergrunds versagt haben, werden versetzt oder in Ruhestand geschickt. Wegen beamtenrechtlicher Vorgaben ist dies nur sukzessiv möglich. Vorher sollen sie sich für ihr Versagen verantworten.

Neustart

Aufgabe der „Inlandsaufklärung“ ist, Aktivitäten von Spionen zu beobachten sowie von Gruppen, die fortgesetzt Gewaltakte unterstützen oder „auf Gewalt ausgerichtete Handlungsstrukturen“ aufbauen. Schon wenn der Verdacht besteht, daß konkrete Straftaten in diesem Bereich begangen wurden, sind nur Polizei und Justiz zuständig.

Nachrichtendienstliche Befugnisse sollen allenfalls als letztes Mittel und jeweils konkret parlamentarisch kontrolliert genutzt werden dürfen. Der Einsatz von V-Leuten wird überhaupt erst einmal grundsätzlich ausgesetzt.

Deren bisherige Tätigkeit gerade auch im Bereich Rechtsextremismus wird unabhängig evaluiert, ob sie nicht verzichtbar und eher schädlich war.

Kontrolle

Das Parlament soll die „Inlandsaufklärung“ wirksam und systematisch kontrollieren. Abgeordnete und vom Parlament beauftragte Fachleute führen regelmäßig Kontrollen der Tätigkeit der Abteilung durch. Bisher nebeneinander zuständige Gremien werden zu einem Ausschuss zusammengefasst mit mehr Befugnissen und Hilfspersonal. Der Militärischen Abschirmdienstes wird ersatzlos aufgelöst.

Ein solcher Paradigmenwechsel ist bitter nötig und ein wichtiger Schritt hin zur Lüftung des Geheimen beim Geheimdienst, denn unkontrolliertes geheimes Beobachten und Bespitzeln durch den Staat darf es in einer offenen Demokratie nicht geben.

Hans-Christian Ströbele,
Mitglied des Bundestages,
Mitglied des parlamentarischen
NSU-Untersuchungsausschusses



Christian Ströbele unterwegs im Bezirk

Foto: ck

Schwerpunkte meiner Arbeit in der laufenden Legislaturperiode (2009-2013):

Bundespolitische Themen:

- Mitglied Auswärtiger Ausschuss, Rechtsausschuss und Parlamentarisches Kontrollgremium für Geheimdienste
- Seit 2012 im Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)
- Zwei Reisen nach Afghanistan 2010 und 2011, Engagement für Beendigung des Krieges und Aufnahme von Verhandlungen
- Ca. 280 mündliche und schriftliche Fragen an die Bundesregierung, u.a. zu Aktivitäten der Bundeswehr in Afghanistan, Libyen, Jordanien, Syrien, Pakistan, Saudi-Arabien, Guinea und Türkei, vor Somalia und Iran, zu Panzerlieferungen nach Katar, Indonesien und Saudi Arabien, zur Banken- und Finanzmarktregulierung und zu Rettungsmaßnahmen in der Eurokrise.
- Anträge zur Auflösung des MAD, zur Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes, zur privaten Gläubigerbeteiligung und starken parlamentarischen Kontrolle bei der Eurorettung, zum Verbot von ungedeckten Leerverkäufen und zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Bundesbehörden
- Gesetzentwürfe zum „Whistleblower“-Schutz, Verbesserung der sozialen Situation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus, Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften
- Anfragen zu privaten Sicherheitsunternehmen in Afghanistan, zur Überwachung von Jugendorganisationen durch die Geheimdienste, zur Situation der Roma in der EU
- Fachgespräch zur Terrorbekämpfung durch „gezielte Tötungen“
- federführende Mitorganisation der Grünen Lateinamerikakonferenz mit der Böll-Stiftung

Im Wahlkreis:

- monatliche Sprechstunden
- Vermittlung und Beratung bei Räumungsfällen und Mietproblemen
- Antrag zur Mittelstreichung für die A 100
- Forderung zu Transparenz über Naziaufmärsche in Berlin
- Kleine Anfrage zur Zukunft des Landwehrkanals
- Forderung zur Produktwahrheit bei Herkunftsbezeichnungen
- Unterstützung von diversen Initiativen, Projekten und Vereinen wie Sozialmieter, Kotti und Co, Türkischer Frauenverein, Obdachlosenhilfe, RAW Tempel e.V., YAAM, Refugeecamp, Türkiyemspor uvm.
- Vermittlung bei Problemen mit Jobcenter und anderen Behörden
- Hilfe bei Aufenthalts- und Visaschwierigkeiten und Forderung nach der Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft sowie Abschaffung der Optionsregelung

Schwerpunktthema: MultiKulti statt Nazis

Ausländerbehörde abschaffen

Zum internationalen Tag gegen Rassismus wird eine Demonstration vor der Ausländerbehörde Berlin mit dem Ziel der praktischen interkulturellen Öffnung durchgeführt

Beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, Abteilung Ausländerbehörde, wird täglich über das Schicksal von Menschen entschieden. Ob sie bleiben können oder gehen müssen, ist dabei die zentrale Frage. Davon hängt oft das Schicksal von Familien ab. Darf der Vater ohne Sorgerecht bleiben, um gelegentlich seine Kinder zu sehen? Dürfen Eltern von volljährigen Kindern eine Zukunft in der Nähe ihrer Kinder und Enkel planen? Darf ein Kind zu seinem in Deutschland lebenden Elternteil ziehen, der nunmehr mit einem Deutschen verheiratet ist?

Unwürdiger Umgang mit Menschen

Bei der negativen Konsequenz gilt Folgendes: Ablehnung der Aufenthaltserlaubnis – Ausweisung – Abschiebung! Ablehnung des Asylantrags – Nicht-Verlängerung der Aufenthaltsgestattung – Abschiebehaft – Sammelaussiedlung! Immer wieder erreichen mich Klagen über den Umgang der Mitarbeiter der Ausländerbehörde Berlin mit den Einwohnern dieser Stadt. „Wenn es Ihnen bei uns nicht gefällt, können Sie ja gehen!“ ist noch eine der wohlformulierten rassistischen Aussagen. Menschen werden entwürdigt, angeschrien und unter Kriminalitätsverdacht gestellt oder auch in ihren Belangen ignoriert. Indizien für einen Betrug gegenüber der Behörde sind: Barzahlung bei Beschäftigungsverhältnissen und ausländische Arbeitgeber. Dies führt dazu, dass immer weitere Unterlagen eingefordert



5 vor 12 gegen Rassismus-Demo am Kotti

Foto: ck

werden oder die vorgelegten Unterlagen nicht anerkannt werden, um die tatbestandlichen Voraussetzungen der Gesetze als gegeben anzusehen.

Dagegen setzt sich Bündnis 90/Die Grünen seit vielen Jahren ein. Für uns gilt der Grundsatz: Wer drin ist drin. Wir fordern, den Menschen von Anfang an alle Rechte zu gewähren, um ihnen den Rahmen zu geben, in dem sie sich so in die Gesellschaft einbringen können, wie sie es für sich als richtig erachten.

Einmal wurde ich in der Behörde von einem jungen Mann angesprochen, der einen Raum suchte, dessen Nummer

von einem Behördenmitarbeiter aufgeschrieben worden war. Nach langer Suche kamen wir an eine Tür an deren Schild Abstellkammer stand. Er konnte nicht fassen, dass er die Suche nach dem Raum für den zuständigen Mitarbeiter erneut starten musste.

Mentalitätswechsel zu einer Einwanderungsbehörde

Viele Gerüchte gibt es über die Behörde. Unter anderem das Gerücht, dass es sein kann, dass Besucher die Behörde nicht als freie Menschen verlassen kön-

nen. Und tatsächlich gibt es dort mehrere Zellen, in denen Menschen die Freiheit entzogen wird. Dies führt immer wieder dazu, dass Menschen Angst vor einem Gang zur Behörde haben, weil sie nicht wissen, ob sie so frei wie sie hineingegangen sind auch wieder herauskommen.

Es entsteht der Eindruck, dass es weniger Einzelfälle sind, die beklagt werden, als vielmehr eine Mentalität der Behördenmitarbeiter_innen. Dies muss so nicht bleiben. Neben der Änderung von gesetzlichen Grundlagen, die den Menschen die Torturen des Verwaltungsapparats ersparen könnten, sind auch praktische Verbesserungen möglich, die einen integrationsorientierten Vollzug der bestehenden Gesetze zum Ziel erklären könnten. Dazu wäre es richtig und wichtig, einen Mentalitätswechsel in dem Leitbild der Aufgaben der Behörde einzuleiten.

Daher fordern wir:

- die Umbenennung in Einwanderungsbehörde
- Anreize für den respektvollen Umgang der Mitarbeiter mit den Menschen
- Schulungen für interkulturelle Kompetenz
- Abbau der verwirrenden Anwendungshinweise
- Verschiebung der Zuständigkeit zum Bereich der Senatsverwaltung für Integration

Canan Bayram,
Mitglied des Abgeordnetenhauses
Sprecherin für Integration, Migration
und Flüchtlinge

Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration

Praktische interkulturelle Öffnung der Berliner Ausländerbehörde
Antirassistische Texte und Musik zum internationalen Tag gegen Rassismus
Donnerstag, den 21. März 2013 um 10.30 Uhr,
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin
Kommt hin – seid kreativ

Schwerpunktthema: MultiKulti statt Nazis

Diskriminierung von Roma in Berlin

In Berlin werden Roma Familien systematisch und rechtswidrig aus ihren Wohnungen geräumt. Senat und Verwaltung schauen weg. Niemand scheint sich zuständig zu fühlen. Ein Skandal.

Spätestens, seit einige obdachlos gewordene Roma Familien im Sommer 2009 im Görlitzer Park mehrere Monate unter freiem Himmel übernachteten, hätte der Senat in Zusammenarbeit mit den Bezirken und in Konsultation mit den Roma- und Menschenrechtsvereinen der Stadt die Problematik der Wohnungsvorsorgung angehen sollen. Leider hat die Senatsverwaltung bisher nichts in dieser Richtung unternommen, auch nicht, nachdem die Räumung in der Turmstraße Schlagzeilen machte. Nur durch den Einsatz der Grünen Abgeordneten Susanna Kahlefeld, des Integrationsbeauftragten und anderer engagierter Menschen konnte die geplante Räumung in der Scharnweberstraße jüngst in letzter Minute vorerst verhindert werden. Man spricht von Einzelfällen, und verweist in der im letzten Jahr erschienenen Roma Strategie lediglich auf das relativ erfolgreiche Wohnprojekt für Roma Familien in der Harzer Straße in Berlin-Neukölln.

Vermietung ohne Mietvertrag

Dabei hat sich die Wohnungsproblematik um ein Vielfaches verschlimmert, teils sogar gesetzeswidrige Dimensionen angenommen. Da wenige Haus- und Wohnungseigentümer bereit sind, an Roma Familien zu vermieten, hat sich mittlerweile eine Praxis in der Stadt etabliert, die schlichtweg menschenverachtend ist. Illegale Räumungen finden unter den Augen der Öffentlichkeit statt. Niemand fühlt sich zuständig – auch nicht, nachdem Augenzeugen von Sicherheitsfirmen berichten, die mit Hunden teilweise mitten in der Nacht an die Tür klopfen und Familien mit Kindern mitten im Winter auf die Straße setzen.

Was dort geschieht scheint System zu haben, denn die Vorfälle häufen sich. Dabei werden zwei Protagonisten



Menschenunwürdiges Wohnen

Foto: Melanie Zagrean

relativ häufig genannt: Die Helvetica Deutschland GmbH und Anker e.V. Beide scheinen sich gegenseitig – eine als Hausverwaltung und die andere als Wohnungsvermieter – in die Hände zu spielen. An Roma Familien werden Wohnungen vermietet, die nicht oder nur schwer zu vermieten sind. Da die Familien, an die vermietet wird, ihre Rechte oft kaum kennen, werden teils keine normalen Miet-, sondern Nutzungsverträge abgeschlossen, und die Räumungen erfolgen dann dementsprechend abrupt und ohne Räumungstitel.

Man fragt sich also zu Recht, wie so etwas passieren kann – denn schon lange weisen Vereine, wie Amaro Foro e.V. auf die Problematik hin und bestätigten jüngst, dass illegale Räumungen ein immer häufiger behandeltes Thema in der Beratungsstelle ist. Ein Rechtsberater des Vereins wies sogar darauf hin, dass bei guter Begründung der Bezirk eine Wohnung beschlagnahmen kann, um eine Räumung auf die Straße zu verhindern. Fakt ist jedoch leider, dass

das keine Bezirksverwaltung macht. Alarmierend ist auch ein weiteres gravierendes Problem, auf das Amaro Foro e.V. aufmerksam macht: Obdachlos gewordene Familien wird in Notunterkünften keine Notübernachtung angeboten. Argumentiert wird, dass der Alkohol- und Drogenkonsum, der in der Obdachlosenhilfe stattfindet, das Kindeswohl gefährdet. Tatsächlich schickt man jedoch Familien mit Kindern auf die Straße, was ebenfalls eine Gefährdung des Kindeswohls darstellt.

Fest steht somit, dass es einen dringenden Handlungsbedarf gibt. Eine jüngst gestellte mündliche Anfrage der Grünen Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung ergab, dass der Bezirksverwaltung in Friedrichshain-Kreuzberg keine illegalen Räumungsfälle bekannt sind. Man mag hoffen, dass dies so bleibt.

Der Senat ist gefordert

Die Senatsverwaltung wird innerhalb dieses Quartals eine überarbeitete Roma Strategie vorstellen. Nach diesen Vorfällen bleibt die Hoffnung, dass die Wohnungsversorgung von Roma Familien angesprochen und eine Lösung erarbeitet wird. Leider sprechen jedoch Roma Vereine und Stadträte jetzt schon von mangelnder Miteinbeziehung durch den Senat. Ohne eine aktive Beteiligung aller relevanten Akteure der Stadt jedoch bleibt es sehr unwahrscheinlich, dass eine konstruktive Lösung gefunden werden wird.

Melanie Zagrean,
Sprecherin der LAG Migration

Bitte lächeln, Sie werden gefilmt

Grüne Fraktion lud zur Diskussion über das Versammlungsrecht

Die rot-schwarze Koalition möchte das Berliner Versammlungsrecht verschärfen und der Polizei das Abfilmen von Demonstrationen ohne jeden Anlass erlauben. Deshalb lud die Grüne Abgeordnetenhausfraktion im Januar zu einer Diskussion über die Reform des Berliner Versammlungsrechts ein. Verschiedene Experten, so Prof. Dr. Clemens Arzt von der HWR Berlin und Sönke Hilbrans vom republikanischen Anwaltsverein, referierten über den Sinn einer Reform des noch geltenden Bundesgesetzes sowie über vielfältige, teils vorliegende, teils neu eingebrachte Vorschläge und Ideen. Denn seit der Föderalismusreform 2006 obliegt es den Ländern, das Versammlungsgesetz zu ändern, wovon bislang Bayern, Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt Gebrauch gemacht haben.

Senat will Abfilmen erlauben

Bisher ist ein Abfilmen von Demonstrationen nur zulässig, wenn „tatsächliche Anhaltspunkte“ für „erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung“ gegeben sind. Das in Berlin lange Zeit übliche Abfilmen ohne Anlass stoppte das Berliner Verwaltungsgericht bereits 2010 aufgrund fehlender Gesetzesgrundlage. Um nun eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, legte der Berliner Senat Ende 2012 einen Gesetzesentwurf vor, der das Abfilmen „im Einzelfall“ erlauben soll, wenn „wegen der Größe oder Unübersichtlichkeit“ Aufnahmen des Zuges notwendig sind, um den Polizeieinsatz zu koordinieren. Aufzeichnungen sollen unterbleiben. Jedoch lassen die gewählten Formulierungen vielfältige Interpretationsmöglichkeiten, bis hin zu einer prinzipiellen Überwachung aller Teilnehmer zu. So

ist die heutige Technik dem Gesetzesvorschlag bereits entwachsen, denn mithilfe von digitalem Zoom kann jede Aufnahme scharf genug vergrößert werden, um Einzelpersonen eindeutig zu identifizieren, was über die zulässigen „Übersichtsaufnahmen“ eindeutig hinausgeht.

Grüne wollen Abschaffung des Vermummungsverbots

Neben der Ablehnung dieser Vorschläge der Koalition aus SPD und CDU will die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Debatte um das Versammlungsrecht für eigene Vorschläge nutzen. Die Vorstellungen zur Liberalisierung des Versammlungsrechts reichen dabei von der Abschaffung des Vermummungsverbots als Straftat, konkretere Anforderungen an die Gefahrenprognose zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit, einer restriktiven Regelungen von Vorkontrollen, das Ermöglichen von Camps bis hin zur Veröffentlichung von Nazi-Aufmärschen. Sodann wird überlegt, die Aussagen der grundlegenden Brokdorf-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Bestimmung des Ortes einer Versammlung durch den Veranstalter, den Umgang mit einigen unfriedlichen Teilnehmern und dem Vorrang von Auflagen vor einem Verbot ins Gesetz zu schreiben. Ziel dieser Überlegungen ist dabei der Schutz der Bürgerrechte sowie die Ablehnung von noch mehr Überwachung.

Julius Zollner und
Dirk Behrendt,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
rechtspolitischer Sprecher

Schwerpunktthema: MultiKulti statt Nazis

NPD-Verbot kein Allheilmittel im Kampf gegen Rechts

In der Frage NPD Verbot gibt es viele Punkte die für, aber auch Punkte die gegen ein Verbot sprechen.

Klar ist: Ein Verbot reicht nicht, um braunen Strukturen in Deutschland den Boden zu entziehen. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit lassen sich nicht aus den Köpfen der Menschen verbieten. Nur eine aktive, sich einmischende Zivilgesellschaft kann den Kampf gegen Rechts in unserer Gesellschaft gewinnen. Daher muss sich der Staat für die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Projekte wie Opfer- und Mobile Beratungsstellen einsetzen, die kontinuierlich gegen die von Rechts ausgehende Gewalt und Bedrohung ankämpfen.

Das wirkungsvollste Mittel gegen NPD und andere rechtsextreme und rassistische Parteien sind Menschen, die diese braunen Parteien erst gar nicht unterstützen und wählen. Daher muss der Fokus im Kampf gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit auf der Präventionsarbeit liegen!

Die NPD ist keine „normale“ Partei

Die NPD ist eine Partei und genießt insoweit den Parteienschutz des Artikel 21 unseres Grundgesetzes. Die NPD ist aber eine undemokratische, menschenverachtende und totalitäre Partei. Seit einiger Zeit hat sie es geschafft, sich im parteipolitisch rechtsextremen Lager als zentrale Kraft zu behaupten. Durch die Fusion mit der DVU und der Marginalisierung der Republikaner ist die NPD der zentrale Ansprechpartner für rechte Strömungen und freie Kameradschaften in Deutschland geworden. Die NPD bezieht sich auf den Nationalsozialismus des dritten Reiches und sieht sich als direkter Nachfolger der NSDAP. In deren Geist steht auch die NPD für die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie.

Es ist unerträglich, dass sich rechtes Gedankengut hinter dem Parteienprivi-

leg versteckt und die verfassungsfeindliche NPD mit Steuergeldern finanziert wird. Auch deshalb setzen sich Bündnis90/Die Grünen dafür ein, dass ein Parteienverbotsverfahren gegen die NPD eingeleitet wird, wenn alle rechtlichen Anforderungen erfüllt sind. Die Hürden des Bundesverfassungsgerichts sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an ein solches Verfahren sind hoch.

NPD-Verbotsverfahren

So kann z.B. ein Verbotsverfahren nur erfolgreich beschritten werden, wenn zuvor alle V-Leute aus den Leitungsebenen der NPD abgeschaltet werden. Solange unklar ist, wie viele NPD-Kader im Sold des Verfassungsschutzes stehen und diese nicht abgeschaltet werden, sind die Erfolgsaussichten für einen Verbotsantrag eher gering. Zweifel an dem Nutzen von V-Leuten innerhalb der NPD zur Verhinderung von Gewalt sind berechtigt. Nicht nur im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) wurde dies deutlich. Im Gegenteil entsteht sogar der Eindruck, dass Geld und Informationen, welche die V-Leute vom Verfassungsschutz erhielten, dazu genutzt wurden, die NPD Strukturen auszubauen oder gar erst aufbauen zu können.

Kampfansage an Rechtspopulisten und antimuslimischen Rassismus

Im Dezember haben die Bundesländer beschlossen einen Verbotsantrag zu stellen. Die Innenminister müssen sicherstellen, dass das Verfahren zum Verbot der NPD Erfolg hat und die gerichtlichen Anforderungen erfüllt werden. Ein abermaliges Scheitern eines NPD-Verbotsverfahrens wäre ein fatales



Nazis? Nein Danke

Foto: ck

Zeichen für die Demokratie und würde die NPD nur erneut stärken. Nach dem gescheiterten Verfahren 2003 ist die NPD in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg Vorpommern eingezogen (aus Verfahrensgründen gescheitert – geprüft wurde nicht, ob es sich bei der NPD um eine verfassungswidrige Partei handelt). Schnellschüsse und reine Symbolpolitik sind daher ganz gefährlich.

Immer stärkeren Zuspruch erhalten die selbst ernannten „Islamkritiker_innen“, von denen viele abseits zulässiger Kritik an Religionen rassistisch und sozialdarwinistisch argumentieren. Ein NPD-Verbot bietet keine Hilfe im

Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. Die sogenannte Sarrazin-Debatte hat exemplarisch gezeigt, wie tief die Angst vor dem „Fremden“ verwurzelt ist und wie leicht sie in biologische und rassistische Gedankenmuster umschlagen kann. Im Netz sammeln sich Rechtspopulisten auf antimuslimischen Hetzseiten wie Politically Incorrect (PI)-News, Kreuz.net oder in einschlägigen Blogs und verbreiten dort ihre menschenverachtenden Botschaften. So wird mit übler Rhetorik gegen Muslime gehetzt und vor vermeintlicher „Überfremdung“ gewarnt. Ins Fadenkreuz ihrer Propaganda geraten dabei auch all

jene, die sich für eine multikulturelle Gesellschaft engagieren.

Auch Parteien wie Pro Deutschland ziehen mit antimuslimischen Botschaften in den Wahlkampf und organisieren Veranstaltungen mit führenden Islamhater_innen aus ganz Europa. Sie schüren Hass und Gewalt gegen Muslim_innen.

Handlungsmöglichkeiten gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Statt Scheindebatten um politischen Extremismus bedarf es einer Gesamtstrategie gegen rassistisches und sonstiges menschenverachtendes Gedankengut sowie gegen rechte Gewalt. Dazu gehört der Blick auf alle Ebenen – auch unter Berücksichtigung von Genderaspekten, der Prinzipien demokratischer Bildung und Stärkung der Zivilgesellschaft. Dazu gehört die Fortsetzung der Mobilen Beratungsteams, die flächendeckende Ausstattung mit Opferberatungsstellen und die Rücknahme der Extremismusklausel. Wichtig ist im Kampf gegen Rechts auch der zivile Ungehorsam. Friedliche Blockaden von Naziaufmärschen sind ein legitimes und notwendiges Mittel des Protestes. Blockaden sind oft die einzige Möglichkeit, die alten und neuen Nazis friedlich von der Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie abzuhalten. Dabei braucht es breite Bündnisse und die Stärkung lokaler Initiativen.

Clara Herrmann,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Sprecherin für Strategien gegen
Rechtsextremismus

Canan Bayram,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Sprecherin für Integration, Migration
und Flüchtlinge

Schwerpunktthema: MultiKulti statt Nazis

Flüchtlingswohnheim Stallschreiberstraße

Am 1. Dezember 2012 wurde in der Kreuzberger Stallschreiberstraße ein neues Wohnheim für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen eröffnet. 196 Personen, darunter 64 Kinder und Jugendliche, sind inzwischen dort untergebracht.

Im Herbst hatte der Berliner Sozialsenator Mario Czaja (CDU) die Bezirke dazu aufgerufen, Immobilien für die Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen zur Verfügung zu stellen. Das Land hatte versäumt, genügend Flächen einzurichten. Das Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksamt stellte dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) daraufhin Ende November kurzfristig das ehemalige Seniorenheim in der Stallschreiberstraße zur Verfügung.

Fraktionssitzung vor Ort

Anfang Februar verlegte die grüne Fraktion des Bezirks ihre Fraktionssitzung in das Wohnheim, um sich vor Ort ein Bild der Entwicklungen zu machen. Frau Lieske, Wohnheimleiterin der Betreiberfirma Prisod, erläuterte gemeinsam mit zwei Sozialpädagoginnen die Situation. Bei einer ersten AnwohnerInnenversammlung vor Ort im Dezember hatte es viel Skepsis gegeben, die Bezirks-CDU hatte Stimmung gegen die neuen Nachbarinnen und Nachbarn gemacht und so eine rassistische Stimmung pro-

voziert. Inzwischen bekomme man aber jede Menge Hilfe und Rückhalt aus der Nachbarschaft, so Lieske. Sie habe noch nie erlebt, dass ein Wohnheim in so kurzer Zeit so „wunderbar“ in den Kiez integriert sei: „Nachbarn bringen Kleider vorbei, Ärzte bieten ihre Hilfe an, die Zusammenarbeit mit Ämtern und Kiezinitiativen ist vorbildlich“.

Internetcafé und Gesellschaftsspiele

Die Kleiderkammer sei inzwischen gut gefüllt, aber an Möglichkeiten zum Zeitvertreib mangle es. Daher lautet ein weiterer Wunsch der Mitarbeiterinnen: „Die Flüchtlinge brauchen etwas für den Kopf, etwa Gesellschaftsspiele wie Schach oder auch englischsprachige Literatur.“

Zudem bemühen sich die MitarbeiterInnen derzeit um die Einrichtung eines Internetcafés für die BewohnerInnen. Dazu hatte unsere Fraktion bereits im Dezember einen Antrag in das Bezirksparlament eingebracht. Es ist zu hoffen, dass es bald so weit ist.

Katharina Buri

Gemeinsam gegen Homo- und Transphobie

Das Jugendnetzwerk Lambda stellte seine Arbeit den Politikerinnen und Politikern des Bezirksparlaments vor.



CSD 2012

Foto: ck

Am 6. Februar kamen der Ausschuss Schule und der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Queer im Bezirksparlament zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Eingeladen war Michael Brandt vom Kreuzberger Jugendnetzwerk Lambda, der den Politiker*innen das Projekt „Queer@School“ vorstellen sollte.

Es ist ein Projekt von Jugendlichen für Jugendliche in dem hauptsächlich ehrenamtlich engagierte queere Schülerinnen und Schüler arbeiten. Sie werden begleitet von Mitarbeiter*innen des Jugendnetzwerkes und kooperieren mit zwei Berliner Hochschulen. Sie haben das Ziel, in den Schulen für die Akzeptanz sexueller Vielfalt und für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu werben. Das tun sie, indem sie mit Schüler*innenvorträtungen zusammenarbeiten und mit Schüler*innen Workshops organisieren. Die Bekämpfung von Homo- und Transphobie steht dabei im Vordergrund. Queer@School möchte eine demokratische Schule, in der alle Schüler*innen

angstfrei und ohne Ausgrenzung oder Mobbing lernen können.

Tropfen auf den heißen Stein

Dabei verfolgen die Jugendlichen einen inklusiven Ansatz. Sie sind der Überzeugung, dass man die sexuelle Orientierung nicht vom Geschlecht, der Herkunft, der Religion oder einem Handicap trennen kann. Einer der Ehrenamtlichen bei Queer@School etwa ist bisexuell, blind und sitzt im Rollstuhl. Ein Grund, warum der Verein beispielsweise auch für barrierefreie Schulen kämpft.

Im Rahmen der (von den Berliner Grünen initiierten und von allen Parteien beschlossenen) Initiative Sexuelle Vielfalt ist viel passiert. Dennoch ist das Projekt nur ein Tropfen auf den heißen Stein, meint Michael Brandt. Sie könnten bei weitem nicht alle Schulen erreichen. Zudem fehlt es an inklusivem Unterrichtsmaterial, in dem queere und behinderte Menschen auch außerhalb

spezieller Themen im Biologieunterricht vorkommen. Daher erarbeiten sie dieses Material nun selbst. Ein weiteres Problemfeld ist die Infrastruktur an Schulen. Hier haben schwule, lesbische, und trans* Schüler*innen Probleme, etwa wenn sie die „falsche“ Toilette benutzen sollen, sich als trans* Mädchen in Jungen-Umkleidekabine umziehen müssen. Hier könnten geschlechtsneutrale Örtlichkeiten oder Einzelkabinen helfen.

Aufgrund der vielfältigen speziellen Probleme von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen wünscht sich der Verein ein barrierefreies queeres Jugendzentrum für Berlin. Im Gegensatz zu anderen Städten hat Berlin so etwas bisher nicht und setzt auf die Schulung aller Mitarbeiter*innen in den „normalen“ Jugendzentren. Das ist aber schwierig, da es keinen geschützten Raum eigens für queere Jugendliche gibt. Zudem geht es mitunter um sehr spezielle Themen, wie die Empfehlung von Ärzt*innen und Gutachter*innen für eine Geschlechtsangleichung. Daher braucht es auch in Berlin ein Angebot, an das sich queere Jugendliche wenden können, ohne sich telefonisch im Amt einen Termin geben lassen zu müssen.

Pascal Striebel,
Bürgerdeputierter des Ausschusses
Queer und Frauen

Weitere Infos

www.queer-at-school.de

Derzeit läuft auch eine schriftliche Anfrage der Grünen Fraktion, wie es um die Umsetzung der „Initiative Sexuelle Vielfalt“ im Bezirk bestellt ist.

Kultur im Bezirk

Theaterkapelle vor dem Aus

Der Friedrichshainer Theaterkapelle steht das Wasser bis zum Hals. Wenn nicht bald finanzielle Hilfe kommt, klingelt das Totenglöcklein.

Seit über 6 Jahren wird die Kapelle in der Boxhagener Straße für innovatives und oft ziemlich schräges Theater genutzt, ein einzigartiges Forum in Friedrichshain. Doch jetzt droht das finanzielle Aus: Seit Beginn dieses Jahres können gerade noch die laufenden Kosten gedeckt werden. Sämtliche Mitarbeiter gehen leer aus.

Daher hat die Theaterleitung sich jetzt mit dringenden Appellen an die Öffentlichkeit gewandt. Ende Januar fand vor Ort ein runder Tisch statt, bei dem unter Beteiligung unseres Bezirks-Bürgermeisters Franz Schulz nach Lösungen gesucht wurde.

Wie es zur Schiefelage kam

Das Theater erhält eine sogenannte Spielstättenförderung, ist aber nicht mehr in der Lage, die daran gebundenen Eigenproduktionen auf die Bretter zu bringen.

„Bis 2011 konnten über Kommunal-Kombi-Stellen, die in den Bereichen Soziales, Kultur und Bildung für viele Institutionen und Initiativen Planungssicherheit garantierten und deren Engagement der Stadt zugute kamen, in der Theaterkapelle 4 MitarbeiterInnen - Künstlerische Leitung, Geschäftsführung, 2 Techniker - beschäftigt werden. Diese Stellen wurden 2011 ersatzlos gestrichen“, erläutert Chris Wohlrab, der Produktionsleiter. Im vergangenen Jahr konnte man sich über eine EGZ-Maßnahme und einen 1-Euro-Job noch irgendwie über die Runden retten, doch damit ist nun Schluss.

Bisher keine Lösung in Sicht

Die ungedeckten Personalkosten addieren sich zusammen mit den Kosten für dringend erforderliche Renovie-



Theaterkapelle Boxhagener Straße

Foto: ha

rungsmaßnahmen zu einem Fehlbetrag im 6-stelligen Bereich.

Die Kirche, der Besitzer der denkmalgeschützten Immobilie, hat sich zum Bedauern aller nicht an dem runden Tisch beteiligt. Es gab dennoch eine Reihe von Vorschlägen, wie man an Geld kommen könnte: Das reichte von der Idee, Sponsoren zu gewinnen, über eine Neugestaltung der Gastronomie, eine Weitervermietung an Veranstalter und die Ausrichtung eines Bezirksfestes bis hin zum Ankauf der Kapelle über einen Erbbauvertrag. Nur: Diese Konzepte erfordern Zeit und sind allenfalls mittelfristig umsetzbar.

Auch ein Treffen in der Senatskanzlei für Kulturelle Angelegenheiten Mitte Februar ergab keine unmittelbare Hilfe.

Da bleibt kurzfristig nur der Weg, den die Theaterkapelle jetzt einschlägt: Zum einen für die Renovierungsarbeiten um Spenden zu bitten: Das können auch Sachspenden wie Baumaterial sein (Infos unter www.theaterkapelle.de)

Hilfe zur Selbsthilfe

Und zum anderen durch eine Ausweitung des Programms noch mehr BesucherInnen anzusprechen. Ab März geht es los, oben im Theater, und unten im Bethlehem Basement Club. Die beste Unterstützung daher: Einfach mal (wieder) hingehen!

Henry Arnold,
Bürgerdeputierter im Ausschuss für
Kultur und Bildung

Bei Fragen, Anregungen
oder Kritik: Meldet Euch bei
uns. Denn gemeinsam sind
wir besser...



www.gruene-xhain.de

Grünes Büro
Dresdener Straße 10 - 10999 Berlin
info@frieke.de - www.gruene-xhain.de
Fon: 614 314 6 - Fax: 614 314 2
Bürozeiten Ute Siebert, Bezirksassistentin:
Mo 10-12.30 Di 10 - 14.30 Do 16-19.30 Uhr
Geschäftsführender Ausschuss:
Gesine Avena, Karl-Heinz Bergt, Fatma Celik, Werner Graf, Werner Heck, Annika Gerold, Sarah Jermutus, Valentin Münscher

Treffen der Bezirksgruppe
Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr in der Falckensteinstraße 6.

Fraktion im Bezirksparlament
Yorkstraße 4-11 - 10965 Berlin
fraktion-frieke@gruene-berlin.de
www.gruene-xhain.de/bv_fraktion
Fon: 90 298-2590 - Fax: -2930
Bürozeiten Britta Byszio, Fraktionsassistentin:
Mo 13-17 Di 13-17 Mi 14-18 Do 10-14 Uhr
Fraktionsvorstand: Jana Borkamp (Sprecherin), Paula Riester (Sprecherin), Berna Gezik, Manuel Sahib, Jonas Schemmel

Unser Vertreter im Bundestag:
Christian Ströbele
direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost
www.stroebele-online.de
Parlamentbüro:
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
hans-christian.stroebele@bundestag.de
Wahlkreisbüros:
hans-christian.stroebele@wk.bundestag.de
Kreuzberg:
Dresdener Straße 10 - 10999 Berlin
Fon: 61 65 69 61 - Fax: 39 90 60 84
Friedrichshain:
Dirschauer Straße 13 - 10245 Berlin
Fon: 29 77 28 95 - Fax: 39 90 60 84

Büro Grüne Jugend Berlin
Dirschauer Straße 13 - 10245 Berlin
Mail: info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de
Fon: 66 76 30 00 - Fax: 29 35 08 75
Treffen: montags ab 18:00 Uhr

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses:
Niederkirchnerstraße 5 - 10111 Berlin
Email: bitte nach dem Muster bilden:

Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de
Telefon: 2325 - 2401 & Fax: -2409

Turgut Altug, direkt gewählt
Telefon: 2325 2430
Canan Bayram, direkt gewählt
Telefon: 2325 2431
Dirk Behrendt, direkt gewählt
Telefon: 2325 2421
Marianne Burkert-Eulitz, direkt gewählt
Telefon: 2325 2461
Clara Herrmann
Fon: 23 25 2436
Antje Kapek
Telefon: 2325 2466
Heidi Kosche, direkt gewählt
Fon: 2325 2440
Katrin Schmidberger
Telefon: 2325 2474

Wir sind offen für Deine Fragen, Anregungen und Deine Kritik. Melde Dich einfach bei einem von uns im Bundestag, im Berliner Abgeordnetenhaus, in der Bezirksversammlungsversammlung oder im Grünen Büro. Herzlich Willkommen!



Impressum:

Der Frieke-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:
Henry Arnold (ha),
Canan Bayram,
Alexander Jossifidis (aj),
Christian Könneke (ck; V.i.S.d.P),
Kati Pirdawari (kp) und
Melanie Zagrean

Ständige GastautorInnen:
Katharina Buri (kb)

**Kontakt zur Redaktion,
LeserInnenbriefe und Anzeigen:**
frikekestachel@gruene-berlin.de

Der Stachel im Internet:
www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: Jörn Jaath (jj)

Auflage: 4.000
Druck: Henke Pressedruck

Herausgeberin:
Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg (Frieke)
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: 614 31 46
Fax: 614 31 42
info@frieke.de
www.gruene-xhain.de

Tram 21: Wo geht die Reise hin?

Immer wieder gibt es Streit um die zukünftige Streckenführung der Tram 21, besonders ums Ostkreuz herum. Nun ist es an der Zeit, die Frage, wie und wo sie später zur Fertigstellung des Umbaus des S- und Regionalbahnhofes Ostkreuz fahren und halten soll endgültig zu klären.

Viele Interessen gilt es unter „einen Hut“ zu bringen. Dazu gehören die Interessen der unmittelbar am Ostkreuz wohnenden Menschen ebenso, wie die Interessen anderer FriedrichshainerInnen, aber auch LichtenbergerInnen an und um die Rummelsburger Bucht herum, sowie der Menschen in Karlshorst und Schöneweide. Wie kann man den öffentlichen Nahverkehr für die einen so attraktiv wie möglich gestalten und zugleich den berechtigten Ansprüchen der anderen auf so wenig Lärm als möglich nachkommen?

Heute startet die Tram 21 am S-Bahnhof Lichtenberg, ihre Strecke führt entlang der Herzbergstraße, geht dann über den Bersarinplatz in Richtung Boxhagener Straße, am S-Bahnhof Rummelsburg vorbei, weiter entlang der Ehrlichstr. nach Karlshorst und dann zum S-Bahnhof Schöneweide, dies sind insgesamt ca. 16,5 km.

Keine Entscheidung über den Streckenverlauf

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat sich immer noch nicht festgelegt, wie die Streckenführung durch den Boxhagener Kiez aussehen soll. Einmal sollte die Tram aus der Boxhagener Str. in die Wühlischstr. verlegt werden und dann wieder nicht. Die endgültige Entscheidung wurde immer wieder herausgezögert. Für die weitere Entwicklung insbesondere der Bahnhofvorplatzgestaltung am Ostkreuz an der Neuen Bahnhofstr. und Sonntagsstraße und die dortige Bürgerbeteiligung muss endlich klar sein, wie die Tram 21 an das Ostkreuz angebunden werden soll. Immer wieder verschiebt die verantwortliche Senatsverwaltung die Bekanntgabe der Planungsergebnisse. Der Runde Tisch Ostkreuz wurde in seiner Sitzung am 29.01.2013 auf den April 2013 vertröstet. Ob dann endlich ein Ergebnis auf dem Tisch liegen wird, ist aber noch fraglich. Für die Anbindung an das Ostkreuz gibt

es unterschiedliche Vorschläge. Die Travekiezinitiative kämpft nach eigener Darstellung für die BewohnerInnen der Sonntagsstraße und ist vehement gegen eine Streckenführung durch die Sonntagsstraße. Die wahrscheinlichste aller Lösungen sieht aber vor, dass die Straßenbahn unmittelbar am Ostkreuz hält und dann durch die Sonntagsstraße geführt wird.

Streckenführung umstritten

Diese Variante favorisieren derzeit auch die Grünen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und auch die grüne LAG Mobilität, die sich am 14.02.2013 zu einer Sitzung im Travekiez getroffen hatte und die BVG und die Travekiezinitiative zu einer gemeinsamen Diskussion eingeladen hatte. Die Idee der Travekiezinitiative sieht vor, dass es eine sog. Stichverbindung geben soll. Die Straßenbahn würde von der Rummelsburgerbucht kommend am Ostkreuz an einem Kopfbahnhof halten und dann dort wieder herausfahren, um dann in einem sehr engen Bogen zur Boxhagener Straße geführt zu werden. Die Gegenargumente zu diesem Vorschlag sind, dass die Fahrzeit sich stark erhöhen würde, die Berechnungen der Initiative würde wichtige Punkte außen vor lassen, die Kosten wären zu hoch und die Kurve von nur 22 m Radius wäre zu eng und würde sehr laut und wartungsanfällig sein. Durch die Sonntagsstraße könnte die Tram durch einen verkehrsberuhigten Bereich, mit hohen Lärmschutzanforderungen gelegt werden. In vielen Städten hätte die Durchwegung der Straßenbahn durch intensiv genutzte Fußgängerzonen den Aufenthaltscharakter nicht beeinträchtigt, und es gebe auch weniger Unfälle durch den Autoverkehr.

Marianne Burkert-Eulitz,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Freies WLAN im Rathaus Kreuzberg

Wartende können kostenlos surfen

Ab sofort steht den BesucherInnen des Bürgeramts im Rathaus Kreuzberg kostenloser WLAN-Zugang zur Verfügung. Die Zugänge wurden auf unsere Anregung hin eingerichtet und werden von der Initiative Freifunk installiert, betrieben und gewartet. Weitere Bezirksgebäude sollen folgen.

In unserem Wahlprogramm haben wir uns für ein kostenloses, flächendeckendes WLAN-Netz im Bezirk ausgesprochen. Die gemeinschaftliche Nutzung von WLAN-Spots, wie es die Initiative Freifunk anstrebt, senkt Strahlung und Energieverbrauch, da wesentlich weniger Geräte zur Versorgung der Bevölkerung ausreichen. Im Mai hatten wir in einem Antrag die Einrichtung von 100 so genannten Access Points (drahtlosen Internetzugängen) in bezirklichen Gebäuden angeregt. Nun sind die ersten WLAN-Zugänge freigeschaltet.

„Wir freuen uns, dass wir den Besucherinnen und Besuchern des Bürgeramts durch enge Zusammenarbeit mit Freifunk kostenlosen Internetzugang

anbieten können“, sagt Stadtrat Hans Panhoff (Grüne). Nach und nach sollen auch andere Bezirkseinrichtungen mit hohem BesucherInnenaufkommen folgen. Das Bezirksamt stellt die Aufstellflächen für die Access Points zur Verfügung, die von Freifunk installiert, betrieben und gewartet werden. Auf den Bezirk kommen lediglich geringe Stromkosten zu.

„Der freie Zugang zum Internet gehört für uns heutzutage zur öffentlichen Infrastruktur dazu“, sagt unsere Fraktionssprecherin Jana Borkamp. Durch die Zusammenarbeit mit Freifunk werde zudem ein bezirkliches, öffentlich zugängliches BürgerInnenetz unterstützt, das die digitale Vernetzung der Friedrichshain-Kreuzberger möglich macht, auch wenn es vom globalen Netz abgeschnitten würde. Die Zugangsdaten für das kostenlose Netz erhalten Interessierte über das Wartefernsehen im Bürgeramt und über dessen Internetauftritt.

Katharina Buri

Rund ums Bezirksparlament

Haushaltsdaten online

Zukünftig sollen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen, wichtige Haushaltsdaten des Bezirks im Internet einzusehen. Das fordert ein Antrag, den wir im Januar in das Bezirksparlament eingebracht haben. Wir unterstützen damit auch das Berliner Open Data-Portal. Der Antrag fordert das Bezirksamt dazu auf, sich gegenüber den zuständigen Senatsverwaltungen dafür einzusetzen, dass alle wichtigen Haushaltsdaten auf der Bezirksamts-Webseite und dem Berliner Open Data-Portal veröffentlicht werden dürfen. Bislang sind die Daten nur für Verwaltungsmitarbeiter und Abgeordnete einsehbar.

„Unser Bezirk wäre damit der erste, der diese Daten offen zugänglich ins Internet stellt“, sagt Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne). Bisher werden nur die Haushaltspläne veröffentlicht. Interessant sind aber auch die Produkte mit ihren Kosten und der Median als Grundlage für die Finanzzuweisungen an die Bezirke. Beide sollen künftig zusätzlich einsehbar sein. „Die Verwaltung muss transparenter werden“, sagt unsere Fraktionssprecherin Jana Borkamp. „Das gilt ganz besonders für den Haushalt, die Basis bezirklichen Handelns.“ In der Vergangenheit hat sich die Fraktion bereits dafür eingesetzt, dass Protokolle des Bezirksamts veröffentlicht werden. Wir unterstützen damit auch die Berliner Open Data-Initiative (daten.berlin.de), die Datensätze der öffentlichen Verwaltung zentral und strukturiert zur Verfügung stellt. Das Pilotprojekt befindet sich noch im Aufbau.

20. Todestag von Silvio Meier

Am 21. November 1992 wurde der Antifaschist und Hausbesetzer Silvio Meier am U-Bahnhof Samariterstraße von Nazis ermordet. Zu seinem 20. Todestag fand eine Mahnwache und eine Demonstration für den Friedrichshainer Aktivisten statt. Die geplante Straßenumbenennung musste wegen einer Klage verschoben werden.

Silvio Meiers Name steht in der Friedrichshain-Kreuzberger Zivilgesellschaft symbolhaft für den Kampf gegen Rechts und gegen Gewalt. Trotz zahlreicher Initiativen und Projekte, die sich gezielt gegen Rassismus richten, war Friedrichshain-Kreuzberg 2011 der Bezirk mit den meisten rassistisch motivierten Gewalttaten Berlins. „Wir müssen alle gemeinsam noch intensiver gegen Rassismus, gegen rassistisch motivierte Gewalt kämpfen“, sagt Bürgermeister Franz Schulz. „Friedrichshain-Kreuzberg ist ein bunter und alternativer Bezirk. Rechte Gewalt tolerieren wir hier nicht.“ Die Basis für den Kampf gegen Rechts sei eine starke Erinnerungskultur.

Das Gedenken an Silvio Meier ist Ende letzten Jahres auch auf einer BürgerInnenveranstaltung mit einem eindeutigen Ergebnis diskutiert worden: Das Engagement Silvio Meiers soll mit der Umbenennung der Gabelsbergerstraße in Silvio-Meier-Straße gewürdigt werden. Bezirksparlament und Bezirksamt sind mit den Stimmen der Grünen dem BürgerInnenvotum gefolgt und haben die Umbenennung beschlossen. Wegen einer Klage konnte die Silvio-Meier-Straße nicht wie geplant zum 20. Todestag eingeweiht werden. „Wir bedauern dies sehr, sehen dem Ende der juristischen Auseinandersetzungen aber zuversichtlich entgegen“, sagt Fraktionsmitglied Susanne Hellmuth.

kb

Kiezläden schützen - gastronomische Monostrukturen verhindern

Ein Antrag der Grünen Fraktion im Bezirksparlament fordert den Erhalt vielfältiger Kiezstrukturen und sagt der zunehmenden Ballermannisierung den Kampf an

In vielen Kiezen werden Gewerbeflächen immer lukrativer und es kommt zu steigenden Gewerbemieten. Immobilieneigentümer versuchen zunehmend, aus der Attraktivität eines Kiezes Kapital zu schlagen. Und weil Gastronomie mehr einbringt als kleine Läden, werden Einzelhändler durch steigende Gewerbemieten verdrängt. Immer mehr Wohn- und Gewerbeflächen fallen einer gastronomischen Nutzung zum Opfer. Deren Betreiber können meist viel höhere Mieten zahlen als kleine Einzelhändler, insbesondere wenn sie zu einer Restaurant- oder Café-Kette gehören. Das ändert den Charakter der Kieze. Die über viele Jahre gewachsene wirtschaftliche Mischung sowie die oft kleinteiligen Gewerbestrukturen gehen verloren. Es droht die Herausbildung von überwiegend gastronomisch geprägten Monostrukturen.

Das wohl bekannteste Beispiel für solch eine Verdrängung ist das Farbensgeschäft Sachse, das nach 110 Jahre sein Geschäft in der Kreuzberger Falckensteinstraße aufgeben musste. Die Miete wurde von acht auf 19 Euro erhöht. Heute befindet sich an selber Stelle ein Restaurant. Ein gleiches Schicksal droht aktuell dem Blumengeschäft Dilek an der Ecke Oranienstraße/Adalbertstraße. Ein benachbartes Restaurant möchte die Ladenfläche zur Erweiterung nutzen.

Um diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen, hat die Grüne Fraktion im Bezirksparlament einen Antrag eingebracht (DS/0463/IV), mit dem Genehmigungen für zusätzliche gastronomische Betriebe in Wohngebieten untersagt werden sollen, wenn diese bereits heute in Übermaßen von Gastronomie geprägt sind. Die Umnutzung von Wohn- und Gewerbeflächen zu

gastronomischen Betrieben soll dort zukünftig nicht mehr erlaubt sein. In der Dezember-Sitzung wurde der Antrag der Grünen Fraktion mit großer Mehrheit angenommen – lediglich die CDU stimmte dagegen. Er gilt ab sofort.

Die Möglichkeit hierfür ist in § 15 der Baunutzungsverordnung (kurz BauNVO) für Allgemeine Wohngebiete festgeschrieben. Galt früher die Auslegung, dass die Gewerbefreiheit Vorrang habe, stärken aktuelle Gerichtsurteile die in der BauNVO genannte Regulierungsmöglichkeit. In der Schöneberger Maaßenstraße wurde der Paragraph durch die Grüne Bezirksstadträtin Sibyll Klotz bereits eingesetzt. Friedrichshain-Kreuzberg wird diese Möglichkeit zukünftig auch nutzen. Vor jeder Neueröffnung wird geprüft werden, ob ein weiterer gastronomischer Betrieb an dieser Stelle vertretbar ist oder ob dieser

eher zu einer „Ballermannisierung“ des Kiezes beitragen würde. Bestehende Lokale sind von der Regelung jedoch nicht betroffen.

Allen von Verdrängung bedrohten Gewerbetreibenden rät der Grüne Bezirksbürgermeister Franz Schulz außerdem, sich zukünftig möglichst früh an das Bezirksamt zu wenden. Denn nur so kann den jeweiligen Immobilieneigentümer bereits vor einer möglichen Kündigung klar gemacht werden kann, dass eine spätere Umnutzung der Gewerbefläche zur gastronomischen Nutzung nicht genehmigt werden würde. Eine Verdrängung der Kiezläden durch explodierende Gewerbemieten soll so verhindert werden und die vielfältigen Kiezstrukturen erhalten bleiben.

Julian Schwarze,
Bezirksverordneter



Gastronomie in der Falckensteinstraße

Foto: ck

Verdrängung inklusive Barrierefreier Wohnraum gesucht

Wohnraum für Menschen mit Behinderung ist knapp in der Innenstadt. In Zeiten generellen Wohnraum Mangels gehören sie zu den stillen Verlierern der Verdrängung. In besonderer Verantwortung stehen hier die städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Wir fordern ein Inklusionskonzept für den Wohnungsbau.

Die degewo besitzt als kommunale Wohnungsbaugesellschaft in Friedrichshain-Kreuzberg 1550 Wohnungen, von denen nur 13 rollstuhlgerecht sind. Noch krasser ist das Missverhältnis bei der WBM: Diese zählt im Bezirk ca. 11 000 Wohnungen zu ihrem Bestand, so viel wie keine andere Gesellschaft. Davon sind jedoch lediglich zehn Wohnungen ausgewiesene Rollstuhlwohnungen mit sogenannter Belegungsbindung. Solche Wohnungen dürfen nur an Einkommensschwache vermietet werden. Das Problem ist also ein genereller Engpass an geeignetem Wohnraum für Menschen mit Behinderung, auch bei den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften. Gerade letztere sind jedoch eigentlich für die Sicherung bezahlbaren

Wohnraums verantwortlich. Die Kombination „Barrierefrei und bezahlbar“ ist somit eine absolute Seltenheit auf dem Wohnungsmarkt. Die Folge: Gerade die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen mit Behinderung und ältere Menschen mit niedriger Rente sind besonders von Verdrängung betroffen.

Dringend gesucht: bezahlbar und barrierefrei

Eine mögliche kurzfristige Lösung wäre, innerhalb des Bestandes zu prüfen, wie mehr rollstuhl- und behindertengerechte Wohnungen geschaffen werden können. Ein weiterer Ansatz: Die Belange von Menschen mit Behinderung und

von Älteren beim Neubau berücksichtigen. Die Grünen im Bezirksparlament Friedrichshain-Kreuzberg haben daher gemeinsam mit den anderen Fraktionen den Senat aufgefordert, ein Inklusionskonzept für den Wohnungsbau zu erarbeiten, das sowohl den öffentlichen als auch privaten Wohnungsneubau berücksichtigt. Denn: Barrierefreies Wohnen ist nicht nur behindertenpolitisch relevant, sondern in Zeiten des demografischen Wandels eine Zukunftsfrage. Ebenso wichtig wäre eine Einbindung von Behinderten- und Seniorenverbänden bei der Erstellung des „Stadtentwicklungsplan Wohnen“. Im Rahmen dieses Plans erarbeitet der Senat Ziele und Leitlinien für die Wohnpolitik der nächsten zehn Jahre gemeinsam mit

verschiedenen Verbänden, bisher nur eben nicht mit den entsprechenden Interessenvertretungen der Senioren und Behinderten.

Diese Forderungen waren bereits von der grünen Gesundheitsstadträtin Monika Herrmann in einem Brief an den zuständigen Senator Müller formuliert worden. Auf das Schreiben kam jedoch nie eine Antwort. Es bleibt zu hoffen, dass dies nicht auf die generell mangelnde Handlungsbereitschaft des Landes Berlin im Bereich Inklusion und Wohnen schließen lässt. Denn klar ist: Inklusion als gesellschaftliches Ziel bezieht sich nicht nur auf Bildung und Arbeitsmarkt, sondern auf alle Lebensbereiche.

Jonas Schemmel,
Bezirksverordneter

Ein Baumarkt auf dem Yorckdreieck

Am 12. Februar wurde auf einer Einwohnerversammlung noch einmal ausführlich über das Für und Wider des geplanten Hellweg Baumarktes an den Yorckbrücken diskutiert. Aufgrund der Kritik und den vielen Nachfragen zu dem Projekt wurde die Abstimmung über den Bebauungsplan in den BVV Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg mehrfach vertagt, um die Vor- und Nachteile mit allen interessierten Betroffenen besprechen zu können.

Natürlich ist ein Baumarkt selten ein architektonisches Juwel. Auch das Hellweg bereits vor Erteilung von Baurecht Löcher für die Fundamente ausheben ließ und diese mit Schutzbeton vergossen hat, um die Gruben sauber zu halten, kann als ungeschickt bezeichnet werden.

Ungeschicktes Vorgehen

Das ist zwar nicht illegal und erfolgte auf eigenes Risiko, führte aber zu dem Eindruck, man wolle vor der Genehmigung durch die Bezirksparlamente bereits Fakten schaffen. Hier wäre ein sensibleres Vorgehen sicher günstiger gewesen. Die Kommunikation zu dem Vorhaben hätte insgesamt besser gestaltet werden können, um Irritationen zu vermeiden. Der Ärger darüber ist nachvollziehbar. Die grüne BVV-Fraktion Friedrichshain-Kreuzberg ist keine begeisterte Verfechterin von Baumärkten. Jedoch gibt es auch vieles was dafür spricht, Hellweg an dieser Stelle Baurecht einzuräumen.

Vermeidung von Hochhausbebauung

Zum einen sieht der 2005 zwischen Senat und der ehemaligen Eignerin



Umstrittenes Baugebiet am Gleisdreieck

Foto: ck

Vivico geschlossene Rahmenvertrag eine um ein vielfaches höhere Baumasse vor. Auf dem Grundstück droht das Entstehen von acht- bis zehngeschossigen Gebäuden, sollte ein Investor die Bestimmungen des Rahmenvertrages für sich geltend machen. Hellweg bleibt mit seinem Flachbau weit unter dieser möglichen Baumasse. Damit ist der Luftaustausch weiterhin gewährleistet, die Sichtbeziehung aus dem Gleis-

dreieckpark Richtung Süden bleibt erhalten und die Schallreflexionen in die stark lärmbelastete Yorckstraße sind sehr viel niedriger, als mit einer Hochhausbebauung und in der dann entstehenden Häuserschlucht. Was also für den Baumarkt spricht, sind schlicht seine Ausmaße, die sehr viel kleiner und niedriger sind als jede andere Bebauung, die nach bestehendem Baurecht und Vertragsrecht möglich wäre. Wer

auf dem Gelände jetzt Wohnbebauung fordert, berücksichtigt die örtlichen Gegebenheiten nicht. Oder man akzeptiert stillschweigend, dass so etwas wegen der Lärmbelastung nur genehmigungsfähig wäre, wenn die Wohngebäude von einem deutlich höheren Gewerbegebäude abgescirmt würden. Auch das würde also zu einer massiven Bebauung mit allen negativen Auswirkungen führen.

Sportplatz für die Bezirke

Zum anderen hat sich Hellweg bereit erklärt, den Bezirken auf dem Dach des Gebäudes einen Fußballplatz zur Verfügung zu stellen. Auch für dessen Erhaltung über die nächsten 15 Jahre möchte Hellweg sorgen. Da in Friedrichshain-Kreuzberg ein großer Mangel an Trainingsmöglichkeiten für Sportvereine herrscht, gibt es ein starkes öffentliches Interesse, den Vereinen und Hobbymannschaften einen weiteren Platz anbieten zu können. Viele Mannschaften haben bereits ihr Interesse bekundet.

Außerdem hat Hellweg nach der Einwohnerversammlung angekündigt, die Forderung nach mehr Abstand des Gebäudes zur Yorckstraße ernsthaft zu erwägen.

Andreas Weeger,
Bezirksverordneter

Schwerpunktthema: MultiKulti statt Nazis

Das Projektehaus - Versuch einer neuen Liegenschaftspolitik mit echter Bürgerbeteiligung

Bei der Entscheidung über die zukünftige Nutzung der Gerhart-Hauptmann-Schule strebt der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein Verfahren an, das die Beteiligung des umliegenden Kiezes sicherstellen soll. Anders als in der Liegenschaftspolitik des Landes sollen die AnwohnerInnen und späteren BesucherInnen mitentscheiden können, welcher Nutzungsmix nachhaltig und tragfähig ist.

Bereits im September 2012 hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Friedrichshain-Kreuzberg einen Antrag eingebracht, der das Bezirksamt aufforderte, die Möglichkeit der Einrichtung eines Projektehauses zu erörtern, zum Beispiel in einer ehemaligen Schule. Denn viele Initiativen und Projekte im Bezirk sind – ebenso wie viele Mieter – von Verdrängung bedroht. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit von der BVV angenommen. Nur die CDU stimmte, wie meistens, dagegen.

Die Idee „Projektehaus“

Für dieses Vorhaben bot sich die ehemalige Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße an. Noch während der Erörterung dieser Möglichkeit und nach einer ersten Begehung durch interessierte Projekte wurde die Schule Anfang Dezember von den streikenden Flüchtlingen auf dem Oranienplatz als Winterquartier besetzt. Dies ist allerdings kein Hindernis für das Projektehaus, da die vom Bezirk gewährte „Kältehilfe“ Ende März endet.

Neue Form der Entscheidung über die Nutzung

Währenddessen läuft das Ausschreibungsverfahren für die Durchführung des vom Bezirksamt beschlossenen, landesweit bisher einmaligen Verfahrens zur Beteiligung des Kiezes, das im März beginnen soll. Aufgrund der mittlerweile über 30 BewerberInnen ist eine Veranstaltungsreihe angedacht, auf der mit der Bevölkerung diskutiert werden soll, welche Projekte in die ehemalige Schule einziehen können. Dabei muss allerdings auch die zentrale Vorgabe



Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg

Foto: ck

des Bezirksamts erfüllt werden: Das Projektehaus muss sich finanziell selbst tragen, da das Land Berlin den Bezirk nicht mit Mitteln für Bewirtschaftung und Verwaltung eines solchen Vorhabens ausstatten wird. Um eine vergleichende Diskussion zu befördern und eine Entscheidung zu erleichtern, sollen die BewerberInnen zu einigen Fragen Stellung nehmen. Zum Beispiel: Ist das Projekt von Verdrängung bedroht? Im Kiez vernetzt? Und so weiter.

Am Ende des Verfahrens soll, ähnlich dem Teilnahmeverfahren zur Erhebung von Silvio Meier, ein Meinungsbild der TeilnehmerInnen erstellt werden. Dieses wird der BVV als Empfehlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Bindungs-

wirkung dieses Meinungsbildes wird von seiner Eindeutigkeit bestimmt sein. Ergibt sich am Ende des Diskussionsprozesses eine im Wesentlichen einvernehmliche Einschätzung darüber, welcher Nutzungsmix den Bedarfen des Kiezes am nachhaltigsten entspricht, wird die BVV diesem Ergebnis sicherlich folgen. Bleiben noch viele Fragen ungelöst, müssen diese im Bezirksparlament entschieden werden.

Versuch einer partizipativen Liegenschaftspolitik

Mit diesem Verfahren öffnet der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die

Politik des Umgangs mit ungenutzten, zentralen Liegenschaften für die Bevölkerung. Diese partizipative Form der Entscheidungsfindung wird dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger gerecht, ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten. Wenn sie zum Erfolg geführt werden kann ist zu hoffen, dass auch der Senat sich inspirieren lässt und beginnt, mit der Bevölkerung zu diskutieren, wie zentrale Gebäude und Liegenschaften so genutzt werden können, dass die höchste „Stadtrendite“ im Sinne der Lebensqualität der Bevölkerung erzielt werden kann.

Andreas Weeger,
Bezirksverordneter

Rund ums Bezirksparlament

Kältehilfe für Flüchtlinge

Seit Anfang Dezember wohnen rund 80 AsylbewerberInnen in der leerstehenden Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg. Die Flüchtlinge hatten zuvor am Oranienplatz gezeltet; einige von ihnen waren am Pariser Platz in den Hungerstreik getreten. Sie fordern bessere Bedingungen für AsylbewerberInnen in Deutschland, etwa durch die Abschaffung der Residenzpflicht oder Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Bürgermeister Franz Schulz (Grüne) hatte den Flüchtlingen eine vorläufige Duldung ausgesprochen. Mitte Dezember beschloss das Bezirksamt eine dauerhafte Kältehilfe bis Ende März 2013. „Wir haben die Flüchtlinge vom Oranienplatz von Anfang an in ihren politischen Forderungen unterstützt. Es kann nicht sein, dass Menschen, die nach Deutschland kommen, um politischer Verfolgung zu entgehen, hier unter katastrophalen Bedingungen leben müssen“, sagt Gesine Avena, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Friedrichshain-Kreuzberger Grünen. Der winterliche Kälteeinbruch mache eine Fortsetzung des Protestes im Freien unmöglich. Die Gerhart-Hauptmann-Schule stehe seit Sommer leer und müsse ohnehin beheizt werden, insofern sei es ideal, die Flüchtlinge bis zum Frühjahr in dem Gebäude unterzubringen. Die CDU sprach nach dem Bezirksamts-Beschluss von einem „Skandal“ und davon, dass der Bezirk unter Franz Schulz immer mehr zur „linksradikalen Spielwiese“ werde. „Zur bezirklichen Flüchtlingspolitik hat diese Partei scheinbar nur verbale Entgleisungen beizutragen.“ sagt Grünen-Fraktionssprecherin Paula Riester. Ihre Fraktion fordere von der CDU, den Flüchtlingen mit der Offenheit und Toleranz zu begegnen, die den Bezirk auszeichneten.

Langfristig soll die ehemalige Gerhart-Hauptmann-Schule in ein Projektehaus für im Bezirk verwurzelte Initiativen und Projekte umgewandelt werden. Seit Mitte Januar läuft dazu ein offenes Interessensbekundungsverfahren. Ab März soll dann in einem Werkstattprozess mit den Initiativen, AnwohnerInnen und Bezirkspolitikern über die weitere Nutzung des Hauses diskutiert und entschieden werden.

Prinzessinnengarten: Rettung in Sicht

Lange haben wir gemeinsam dafür gekämpft, nun scheint die Rettung des Prinzessinnengartens in greifbare Nähe gerückt zu sein: Das Grundstück am Moritzplatz soll an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg rückübertragen werden.

Das Urban Gardening-Projekt war zuvor akut von einem Grundstücksverkauf bedroht gewesen. Das Grundstück des ehemaligen Wertheim-Geländes befindet sich noch im Besitz des Liegenschaftsfonds, der es verkaufen wollte. Mit einem Antrag hatten wir uns für die Rückübertragung an den Bezirk und damit den Erhalt des Prinzessinnengartens stark gemacht. Dies scheint nun gelungen: Der Rückübertragungsantrag wurde vom Liegenschaftsfonds bewilligt. Sobald das Grundstück in einigen Monaten wieder im Besitz des Bezirks ist, wird dieser mit einem breit angelegten Bürgerbeteiligungsprozess über die weitere Nutzung entscheiden.

„Es ist ein richtiges Wintermärchen, dass es gelungen ist, dem Projekt eine Zukunft zu geben“, sagt Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne). Das erfolgreiche Kulturprojekt bekäme nun endlich eine verlässliche und planbare Perspektive. „Wir freuen uns sehr, dass unser Einsatz Früchte trägt und das spannende Projekt auch zukünftig seine tolle Arbeit in unserem Bezirk fortsetzen kann“, sagt Fraktionssprecherin Paula Riester (Grüne). Nach Bekanntgabe der guten Neuigkeiten Mitte Dezember feierten MacherInnen und UnterstützerInnen des Prinzessinnengartens gemeinsam vor Ort inmitten eines winterlichen Kultur-Weihnachtsmarkts.

kb

Knapper Wohnraum Teure Vermittlung

Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt dürften in Berlin ähnliche sein wie in Hamburg. In den angesagten Stadtteilen geht nichts mehr. Immer mehr Eigentumswohnungen treten an die Stelle von Mietwohnungen.

Ein Gastbeitrag von Anjes Tjarks, Grüne Hamburg

Anleger setzen derzeit vor allem auf Betongold. Alt eingessene Bewohnerinnen und Bewohner werden verdrängt. Immer mehr Wohnungen fallen aus der Sozialbindung. Und bei den neuen Sozialwohnungen lassen sich die Investoren immer neue Ideen einfallen, wie sie den Mieterinnen und Mietern doch noch den einen oder anderen Euro aus der Tasche ziehen können. In Hamburg versucht es gerade ein Investor mit gesonderten Kanustellplätzen, die die Bewohnerinnen und Bewohner gleich mitmieten sollen.

Ärgernis Maklercourtage

Ein besonderes Ärgernis dabei sind die Maklercourtage. Ich habe nichts gegen Makler. Wenn jemand eine Wohnung sucht, kann er oder sie gerne für angemessenes Geld einen Makler damit beauftragen. Das Problem ist aber, dass die Realität in Großstädten wie Hamburg oder Berlin anders aussieht. Nicht die Wohnungssuchenden beauftragen die Makler, sondern die Vermieter. Zahlen müssen trotzdem die Mieterinnen und Mieter. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als diese Praxis zu akzeptieren, wenn sie die Wohnung haben wollen.

Für die Mieterinnen und Mieter kommt hinzu, dass sie heute mobil sein sollen und regelmäßig ihren Wohnort wegen eines neuen Jobs wechseln. Alle paar Jahre können sie also wieder die Maklercourtage berappen.

Verschärft wird diese Problematik noch dadurch, dass sich die Maklerprovisionen an den Miet- bzw. Kaufpreisen orientieren. Unabhängig von der Leistung der Makler steigen ihre Einnahmen mit den Mietpreisen rasant an.

Wer bestellt, soll zahlen

Dem halten wir nun das Bestellprinzip entgegen: „Wer bestellt, soll bezahlen!“

Schon 2010 hat die Grünen-Fraktion diese Forderung im Bundestag gestellt und ist damit gescheitert. Ende 2011 habe ich es noch mal versucht. Ich habe den sozialdemokratischen Senat in Hamburg zu einer entsprechenden Bundesratsinitiative aufgefordert. Wie schon im Bundestag vertrat die SPD auch in Hamburg anfangs eine Fifty-Fifty-Lösung. Vermieter und Mieter sollten sich die Kosten teilen. Irgendwann musste die Hamburger SPD einsehen, dass ihr Vorschlag für die Gegenden mit einem Überangebot an Wohnraum den

Maklern das Wasser abgegraben hätte. Keine Wohnungssuchenden würden etwa im Osten akzeptieren, dass sie Kosten für Makler zahlen sollten, wenn nebenan noch mehrere Wohnungen ohne Maklercourtage verfügbar wären. Nach etwa einem Jahr kam die Kehrtwende: Der Hamburger Senat verkündete, dass er das Bestellerprinzip im Bundesrat fördern will.

Wir haben dieses Hin und Her der Hamburger Senatspolitik sehr erfolgreich nutzen können, um das Thema in die Medien zu tragen. Focus, Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung etc. berichteten ausführlich. Und gefreut haben wir uns schließlich auch, als der Kanzlerkandidat der SPD in seiner Nominierungsrede das Bestellerprinzip bei Maklercourtage gefordert hat. Vor drei Jahren hat er das als Bundestagsabgeordneter wohl noch abgelehnt.

In der Diskussion um das Bestellerprinzip wurde uns vor allem ein Argument entgegen gehalten: Die Vermieter würden die Maklercourtage, wenn sie sie nicht mehr direkt den Mieterinnen und Mietern in Rechnung stellen könnten, über eine erhöhte Miete reinholen. Das klingt erst einmal logisch. Die Frage ist nur: Geht es denn noch höher? In Hamburg richten sich die Mieten schon lange nicht mehr nach den Kosten des Vermieters, sondern nach den finanziellen Möglichkeiten der Mieterinnen und Mieter.

Zum anderen müssen die Vermieter die Kosten auch erst einmal auslegen, was sicher zu einem ganz neuen Kostenbewusstsein führen wird und vielleicht sogar zu der Erkenntnis, dass ein Makler eigentlich gar nicht gebraucht wird. Die Mieterinnen und Mieter würde das sehr freuen.

Das Bestellerprinzip fordern wir natürlich auch für Immobilienkäufe, und wichtig ist uns auch ein Befähigungsnachweis für Immobilienmakler. Interessanterweise hat der Immobilienverband Deutschland unsere Forderung relativ positiv aufgenommen. Insbesondere der Befähigungsnachweis war dem Maklerverband wichtig. Offenbar beobachtet man auch dort das Treiben einiger schwarzer Schafe besonders kritisch.

*Dr. Anjes Tjarks,
seit 1998 bei den Grünen, ab
November 2005 Beisitzer im
Landesvorstand und von 2008 bis 2011
stellvertretender Landesvorsitzender
der GAL, seit 2011 Mitglied der
Hamburgischen Bürgerschaft und dort
wirtschaftspolitischer Sprecher der
Grünen-Fraktion.*

Bezahlbaren Wohnraum schützen

Bis zu viermal mehr Miete bekommen Vermieter, wenn sie ihre Wohnung als Ferienwohnung vergeben. Diese Art der Zweckentfremdung von Wohnraum muss schleunigst ein Ende haben.

Es soll bis zu 18.000 derartiger Ferienwohnungen geben, die sich vor allem auf das Gebiet innerhalb des S-Bahnringes konzentrieren. Durch fehlende politische Steuerung in der Wohnungspolitik und den Anstieg der Anzahl der Haushalte ist in Berlin eine Verknappung von Wohnraum – besonders bemerkbar in den unteren Preissegmenten – eingetreten. Daher ist es dringend geboten, dass Wohnraum nicht mehr frei und uneingeschränkt dem Wohnungsmarkt entzogen werden kann – wie es noch bis Ende 2001 durch einen Genehmigungsvorbehalt der Fall war. Mit einem gesetzlichen Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum kann die Verringerung des vorhandenen Wohnraumbestandes eingeschränkt werden. SPD und CDU haben zwar den MieterInnen Abhilfe versprochen, doch blockieren sie sich bei diesem Thema gegenseitig. Und das, obwohl es dazu einen Beschluss des Abgeordnetenhauses seit Mai 2011 gibt. Weil die Zeit drängt, hat die Grüne Fraktion am 31.1.13 einen eigenen Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht.

Ein Gesetz für die ganze Stadt

Es gibt zwei wesentliche Unterschiede zwischen dem grünen Entwurf und den Ankündigungen des Senats: Weil die Verengung des Wohnungsmarktes insgesamt eine kritische Schwelle überschritten hat, besteht die Notwendigkeit, das Zweckentfremdungsverbot für die gesamte Stadt wieder einzuführen. Angesichts des starken Zuzugs nach Berlin, der positiven Bevölkerungsentwicklung und der weiterhin zunehmenden „Versingelung“ der Haushalte muss davon ausgegangen werden, dass sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt noch weiter anspannen wird. Hamburg hat bei der Beschränkung eines Zweckentfremdungsgesetzes (§9ff. des Hamburger Wohnraumschutzgesetzes) auf einzelne Bezirke bzw. Teile der Stadt negative Erfahrungen gemacht



Mieterproteste am Kotti

Foto: ck

und will daher nun das gesamte Stadtgebiet unter das Gesetz stellen. Berlin sollte daraus lernen. Rot-Schwarz will sich aber lediglich auf die sogenannten Innenstadt-Bezirke beschränken, doch damit würde die Zweckentfremdung von Wohnraum in den benachbarten Bezirken umso attraktiver. Bezirke wie Neukölln oder Lichtenberg stehen auch heute schon durch die große Nachfrage unter Druck. Bezirke wie Marzahn-Hellersdorf dagegen werden das Gesetz erst einmal nicht anwenden müssen, weil dort noch keine Zweckentfremdung stattfindet.

Prüfung auch im nachhinein

Unser Entwurf sieht auch eine sog. „unechte Rückwirkung“ vor und verlangt damit, dass eine Genehmigung auch für bereits zweckentfremdete Wohnungen beantragt werden muss. Damit wird ermöglicht, dass gerade die vielen in den letzten Jahren geschaffenen Ferienwohnungen in den

Innenstadt-Bezirken überprüft werden können. Ob eine Genehmigung erteilt wird, soll im Ermessen der zuständigen Bezirksämter liegen. Der Vertrauensschutz wird also nicht generell aufgehoben. Die Bezirksämter, die im Einzelfall entscheiden, müssen gerichts-fest nachweisen können, dass durch die Zweckentfremdung vorrangige öffentliche Belange (z.B. Kitas) oder schutzwürdige private Interessen (z.B. Existenzbedrohung) das öffentliche Interesse an der Erhaltung des betroffenen Wohnraums nicht überwiegen. Wenn aber Bezirksämter z.B. feststellen, dass andere MieterInnen durch die intensive Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnungen stark beeinträchtigt werden oder die/der VermieterIn aufgrund der höheren Renditeerwartung systematisch MieterInnen entmietet, können sie auf dieser Grundlage auch rückwirkend die Zweckentfremdung untersagen.

Davon unangetastet bleibt das Recht von EigentümerInnen bzw. MieterInnen, ihre Wohnung temporär zu vermieten, wenn sie z.B. im Urlaub sind. Anders als von der CDU behauptet, werden auch Betreuungseinrichtungen und Kitas besonders berücksichtigt. Auch FreiberuflerInnen werden vor einer Existenzgefährdung geschützt. Außerdem liegt laut diesem Entwurf erst dann eine Zweckentfremdung einer Wohnung vor, wenn die MieterIn mindestens 50 Prozent der Wohnfläche zu gewerblichen Zwecken nutzt. Damit wird das Gesetz den besonderen Interessen gerecht und erwirkt gleichzeitig eine wirksame Eindämmung der Vernichtung von Wohnraum. Der rot-schwarze Senat dagegen will – falls das Gesetz Ende Februar kommen sollte – einen Bestandsschutz aller Zweckentfremdungen für vier Jahre garantieren. Das wäre angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt fatal.

Der Gesetzesentwurf sowie weitere Infos: www.gruene-fraktion-berlin.de/presse/pressemitteilung/rot-schwarz-streit

*Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
mietenpolitische Sprecherin*

Wende in der Liegenschaftspolitik durch Rot-Schwarz verhindert

Wie wollen wir mit der endlichen Ressource öffentlicher Liegenschaften in Zukunft umgehen? Wohin steuert die Stadtentwicklung in Berlin? Wie sieht eine nachhaltige Bodenpolitik aus? Diese wichtigen Fragen diskutieren Senat, Abgeordnetenhaus und Zivilgesellschaft seit fast drei Jahren ohne konkrete Ergebnisse.

Bereits im Jahr 2011 gab es einen Beschluss des Abgeordnetenhauses dazu: Der Auftrag an den damaligen Senat war, für einen transparenten und nachhaltigen Umgang mit landeseigenen Grundstücken zu sorgen. So sollten endlich klare Kriterien und Konzepte gelten, nach denen auch wirtschafts-, wohnungs-, kultur- und stadtentwicklungspolitische Ziele realisiert werden, und nicht der Höchstpreis entscheidend ist bei der Vergabe von Grundstücken.

Senat bricht Versprechen

Im Oktober 2012 hat der Senat nun ein so genanntes Konzept für eine neue Liegenschaftspolitik vorgelegt. Kurz zuvor hatte sich ein großes Bündnis aus Zivilgesellschaft und ExpertInnen gemeinsam mit allen Fraktionen aus dem Abgeordnetenhaus zu einem runden Tisch zusammengeschlossen, um einen breiten, transparenten Konsens über die zukünftige Entwicklung landes- und bezirkseigener Grundstücke zu erzielen. Dabei wurde einstimmig vereinbart, dass der Senat bzw. das Abgeordnetenhaus keine vollendeten Tatsachen schaffen, bis konkrete Verhandlungser-

gebnisse vorliegen. Dieses Versprechen hat der Senat nun gebrochen.

Nur einen Monat nach dem letzten Treffen des Runden Tisches hat der Senat das Konzept vom Hauptausschuss (Ausschuss für Finanzen des Abgeordnetenhauses) zustimmend zur Kenntnis nehmen lassen. SPD und CDU haben also im Hauptausschuss Nußbaums Senatskonzept zugestimmt, obwohl sie es selber heftig kritisieren und in zentralen Punkten ablehnen. In folgenden Punkten erwiesen sich Koalition und Senat aber zu unserem Entsetzen als einzig: SPD und CDU lehnen die Forderung des Runden Tisches ab, die Zivilgesellschaft beratend an der Clusterung der Grundstücke zu beteiligen. Die Bezirke sollen die Kosten von Vorratsimmobilien alleine tragen. Der Rat der Bürgermeister hatte indes zurecht eine hälftige Teilung der Kosten zwischen Bezirken und Land gefordert. Auch unser Vorschlag, auf das Instrument des „Potenzialwerts“ zu verzichten und die „Stadtrendite“ nicht zu monetarisieren, wurde abgelehnt.

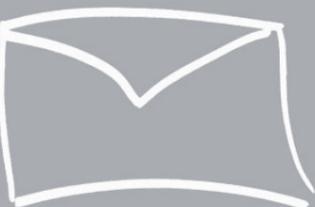
In Zukunft werden keine Vergaben unter Verkehrswert mehr möglich sein. Konzeptorientierte Ausschreibungen,

die bei einem Nutzenzuwachs für die Stadt Vergaben unter Verkehrswert ermöglichen, sind in dem Beschluss nicht vorgesehen. Dem Senatsbeschluss fehlt damit die wichtigste gesellschaftspolitische Komponente einer neuen Liegenschaftspolitik. Damit stehen wir in der Liegenschaftspolitik wieder am Anfang. Und das im Hinblick darauf, dass es, vor allem in der Innenstadt, kaum noch freie Flächen gibt.

Es geht nur um Profit

Der Senat hat nun freie Hand, sein schlechtes Liegenschaftskonzept ab 2014 umzusetzen. Wir kritisieren scharf, dass sich die Koalition derart weit von den ursprünglichen Zielen der neuen Liegenschaftspolitik entfernt hat. Damit ist eine nachhaltige und transparente Stadtentwicklungspolitik kaum noch möglich. Und das hat Berlin definitiv nicht verdient.

*Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
mietenpolitische Sprecherin*



**Grüner
Newsletter
Frieke**

Infos der Grünen Fraktion im Bezirksparlament von Friedrichshain-Kreuzberg

Egal ob lokaler Klimaschutz, Stadtentwicklung von unten oder die aktuelle Entwicklung am Spreewer - der Grüne Newsletter Frieke bietet monatlich einen umfassenden Einblick in wichtige Themen aus der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und darüber hinaus. Auch dabei: ein Überblick über unsere konkreten Anträge, Anfragen und Resolutionen.

**Grüner Newsletter Frieke im Web:
www.frieke.de/bvv_fraktion/newsletter**

Bestellen: Mail mit dem Betreff "Newsletter bestellen" an: newsletter-frieke@gruene-berlin.de

Wir brauchen Stadtentwicklung aus einem Guss

Antje Kapek ist seit Oktober Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Friedrichshain-Kreuzbergerin war bereits Fraktionsvorsitzende der Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hier im Bezirk, und sie war von jeher eine begeisterte Stadtentwicklungspolitikerin. Wir trafen uns, um zu erfahren, wie sie zu Bündnis 90/Die Grünen kam und was ihre Ziele für Berlin sind.

Stachel: Liebe Antje, nach turbulenten Zeiten leitest du nun die Geschicke der Grünen Fraktion in Berlin als Fraktionsvorsitzende mit. Wie bist du überhaupt zu den Grünen gekommen, und was gab für dich den Anlass selbst aktiv zu werden?

Antje Kapek: Ich bin bei den Grünen, oder vielmehr bei der Alternativen Liste für Umweltschutz und Demokratie aufgewachsen. Mein Vater wurde 1980 Mitglied der AL und war von 1987 bis 1989 selbst Mitglied im Abgeordnetenhaus. Diese Zeit hat mich sehr geprägt, nicht nur in der Art wie wir zu Hause über Politik diskutiert haben, sondern auch in meiner Studienwahl. Holland, wo ich einen Teil meines Studiums verbracht habe, war für mich aber der ausschlaggebende Auslöser, nicht mehr nur passiv über Politik zu diskutieren, sondern mich auch aktiv einzumischen.

Gab es denn einen bestimmten Vorfall in Holland?

Es gab zwei Ereignisse: Erstens den erheblichen Rechtsruck in den Niederlanden. Nachdem ich dort hingezogen war, gab es die ausschlaggebende Kommunalwahl, bei der Pim Fortuyn als Populist großen Anklang bei der Bevölkerung gefunden hat. Und es wurde immer schlimmer, bis zu seiner Ermordung, die ich damals in Den Haag als Hippie-Mädchen umringt von lauter Skinheads erlebt habe. Dass die niederländische Bevölkerung nicht nur mit Ignoranz, sondern teilweise sogar mit verstörendem Zuspruch reagiert hatte, war für mich hochgradig schockierend.



Antje Kapek

Foto: Maria Kapek

Das zweite Ereignis war der zweite Irakkrieg. Während sich in Deutschland die Demonstrationen und die Medienberichterstattung überschlugen, war das in Holland überhaupt kein Thema. Ganz im Gegenteil: In meiner Studenten-WG konnten mir meine Mitbewohner erklären, welcher Bombentyp gerade im Fernsehen gezeigt wurde. Das war mir zu unpolitisch, ich sagte nur: „Diese Bombe ist gerade jemanden auf den Kopf gefallen!“

Da war mir klar: Ich habe nicht nur einen Koffer in Berlin, sondern wenn ich wieder zu Hause bin, will ich mich selbst einbringen.

Das hast du ja dann getan und wurdest 2006 in die BVV gewählt. Was sind die größten Unterschiede zwischen der Kommunalpolitik in Friedrichshain-Kreuzberg und der Landespolitik in Berlin?

Ich bin ein großer Fan von Kommunalpolitik, und mir hat das unglaublich viel Spaß gemacht. Das schöne an der BVV-Arbeit ist, dass man ganz nah bei den Menschen und ihren direkten Problemen und Wünschen ist. Reaktionen auf das politische Handeln kommen sehr konkret und direkt. Das kann heißen: „Totaler Blödsinn, was tut ihr nur!“, oder besser: „Prima, dass ihr euch dafür einsetzt!“ Das fehlt mir auf der Landesebene ein bisschen. Hier hat man viel mehr Kontakt mit Interessenvertretern, mit Multiplikatoren und Lobbyisten.

Der zweite Unterschied ist, dass wir in Xhain sozusagen Regierungsverantwortung haben. Wir stellen den Bürgermeister und zwei Stadträte, wir waren und sind mit Abstand die größte Fraktion und haben folglich ganz andere Gestaltungsmöglichkeiten. Es ist schön,

wenn man so einen großen Einfluss vor der Tür hat.

Wenn du in Berlin etwas verändern dürftest, was würdest du sofort tun?

Da ich für das Thema Stadtentwicklung brenne, möchte ich vor allem in diesem Bereich eine Veränderung.

Auf Landesebene brauchen wir neben einer sozialen Mietpolitik, auch Visionen für eine Metropole und gute Konzepte für Berlin. Wir brauchen Stadtentwicklungspolitik aus einem Guss statt Fleckenschusterei. Wir brauchen einen Stadtentwicklungsplan für Wohnungsbau, der sich am Bedarf orientiert. Wir brauchen Antworten auf die Fragen:

Wie soll es weitergehen mit dem Tempelhofer-Feld, wie schaffen wir einen durchgängigen Zugang und Spazierweg an der Spree entlang, wie können wir die Mieten senken ohne nur auf möglichst große und verdichtete Neubauten zu setzen. Mir geht es darum, dass die Frischluftschneise durch Berlin ausgebaut wird und nicht mit Hochhäusern durchbrochen. Ich will, dass das Fahrradfahren in der ganzen Stadt einfacher und besser wird.

In Berlin bekommen immer mehr Volksbegehren großen Zuspruch. Sei es der Energie-Tisch, sei es das Volksbegehren zum Tempelhofer Feld oder das erfolgreiche Volksbegehren zu den Wasserverträgen. Zeigt das, dass der Berliner Senat an den Menschen vorbei regiert?

Ich glaube schon, dass Wowereit und seine SenatorInnen an den Menschen vorbei regieren, aber Volksbegehren sind für mich ein Ausdruck einer guten demokratischen Kultur. Wir Grüne sind ja bei der letzten Berliner Wahl mit dem Slogan „Eine Stadt für alle“ angetreten und zu so einer Stadt gehört auch, dass sich die Menschen einbringen und sagen, was sie wollen, sei es, dass die Regierung sie befragt – was sie leider derzeit nicht tut – oder in dem sie auf demokratische Art und Weise ihre politischen Inhalte umsetzen.

Nicht die Volksbegehren zeigen, dass die große Koalition an den Menschen vorbei regiert, sondern die Tatsache, dass Rot-Schwarz den Kontakt und die Kommunikation mit den Menschen auf der Straße schlicht meidet.

Interview: Werner Graf

Straßenbäume: mehr als nur Schatten

Berlin gilt als eine der grünsten Städte Europas. Aktuell gibt es in Berlin ca. 439.000 Straßenbäume. Jedoch der Bestand ist in Gefahr.

Die am häufigsten in der Straßenslandschaft herrschende Baumart ist die Linde (36%). Ihr folgen Ahorn, Eiche und Platane (20%, 9%, 6%). Die meisten Straßenbäume sind in den Bezirken Steglitz-Zehlendorf, Pankow und Charlottenburg-Wilmersdorf zu finden (63.000, 45.000, 44.000). In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es die wenigsten Straßenbäume, aber immerhin: Hier werden zur Zeit mehr Straßenbäume gepflanzt als gefällt.

Leider gilt das nicht für Berlin insgesamt. Nach Schätzungen fehlen in Berlin über 10.000 Straßenbäume. Das Problem wird sich in den nächsten Jahren verstärken, wenn keine ausreichenden Nachpflanzungen erfolgen. Die in den 50er und 60er Jahren angepflanzten Straßenbäume sterben allmählich altersbedingt ab. Die Bezirke sind personell und finanziell nicht im Stande, diese Verluste an Straßenbäumen alleine auszugleichen.

Schadstoffe, wie Feinstaub, und Lärm. Sie liefern Sauerstoff, nehmen CO₂ auf.

Nutzen der Straßenbäume

Aufgrund des fortschreitenden Klimawandels werden Straßenbäume durch ihre positiven Eigenschaften wie Senkung der Temperatur durch die Verdunstung, oder Minderung des Treibhauseffekts, noch wichtiger. Bäume erhöhen die Lebensqualität. Sie spenden Feuchtigkeit, schützen vor der Sonnenstrahlung. Die Berliner Straßenbäume sind gefährdet. Der Autoverkehr, Luftverschmutzung, die Verdichtung und Bodenversiegelung, Insekten und Krankheiten fügen den Bäumen erheblichen Schaden zu, ebenso wie die sich häufenden Stürme.

Bündnisgrüne Forderungen

Die Berliner Baumschutzverordnung muss verschärft werden. Die Baumschnitt- und Pflegemaßnahmen müssen professionell durchgeführt werden. Es darf nicht sein, dass die billigsten Anbieter solche Arbeiten durchführen müssen, weil es den Bezirken an finanziellen Mitteln fehlt. Vielerorts werden die Pflegemaßnahmen überhaupt nicht durchgeführt. Die fach- und baumartgerechte Pflege muss gewährleistet werden.

Unsere weiteren Forderungen sind:

- Finanzierung neuer Pflanzungen
- Verankerung des Baumschutzes im Baurecht
- Unterstützung der Bezirke bei der Baum- und Grünflächenpflege
- Fachliche und baumartgerechte Pflege
- Baumschutz vor Baurecht
- Stärkung der BürgerInnen-Beteiligung
- Transparenz bei den Baumaßnahmen (Veröffentlichung von Baumfalllisten u.a.)
- Einführung eines Berlinweiten Baumkatasters

Turgut Altug,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Kultur oder Kommerz - eine Richtungsentscheidung

Die kulturpolitische Diskussion hier zu Lande liegt nach wie vor im Argen. Die Relevanz von soziokulturellen Projekten, insbesondere die kulturelle Förderung von Kindern und Jugendlichen wird öffentlich von niemandem bestritten, aber mit ihrem randständigen Status müssen wir uns nicht abfinden.

Vor einem Jahr haben vier Kulturmanager und Professoren mit ihrem Buch „Der Kulturinfarkt. Von allem zu viel und überall das Gleiche“* die Reformunfähigkeit des Kulturbetriebs angeklagt und die Kulturförderung einem marktwirtschaftlichen Kälteschock aussetzen wollen. Wenn die Hälfte der öffentlichen Museen, Bühnen und Bibliotheken einfach wegfielen, wäre das ihrer Einschätzung nach nicht weiter tragisch, würde aber zwei Milliarden Euro einsparen. Die seien zu großen Teilen in eine „Ökonomie der Ästhetik“ zu lenken, die „ausschließlich nachfrageorientiert funktioniert“. Eine „kulturell-ökonomische Wertschöpfung“ müsse endlich eine „noch nicht existente“ Kulturindustrie auf Trab bringen. Mehr „Herstellung und Vertrieb von ästhetischen Erlebnissen in Warenform mit dem Willen zum Erfolg“ ist ihr Ziel. Es überrascht uns Grüne nicht, dass in der heutigen Krisensituation solche Stimmen aufkommen.

Seit 40 Jahren: Kultur für alle

Umso wichtiger wird, sich bewusst zu machen, warum unter dem Schlagwort „Kultur für alle“ der Deutschen Städtetag 1973 (und 1976 auch die Kulturpolitische Gesellschaft) mehr demokratische Partizipation in der Kulturpolitik forderte. Damit war der Anfang einer neuen Kulturpolitik gesetzt, die gesellschaftliche Teilhabe und künstlerische Erfahrungen miteinander verknüpft: Kulturelle Bildungsprojekte

und soziokulturelle Zentren entstanden, welche die Vielschichtigkeit des gesellschaftlichen Lebens artikulieren und mit ihren kreativen Angeboten auch soziale Gruppen aktiv einbeziehen, die sonst eher passive Konsumenten der Kulturindustrien bleiben.

Soziokulturförderung nimmt die ästhetischen, kommunikativen und sozialen Bedürfnisse und Fähigkeiten aller Bürgerinnen und Bürger ernst, sie eröffnet Spielräume für selbsttätiges Schaffen – ob mit dem Fotoapparat oder auf der Bühne, mit der Saz oder mit eigenen Raps. Nirgendwo sonst kommt die kulturelle Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft so authentisch zum Ausdruck wie hier. Und nicht selten kann die Erfahrung der eigenen Kreativität auch lebensgeschichtliche Weichen neu stellen.

Ein Beispiel aus Kreuzberg

Kürzlich präsentierte die akademie der autodidakten am Ballhaus Naunynstraße ihre 14. Kiezmonatschau. Von jugendlichen MigrantInnen und PostmigrantInnen mit Kamera und Mikrofön produziert, fängt sie Reaktionen und Stimmen zu der Frage ein, warum seit der Aufdeckung der Mordserie und der Terrorzelle des NSU im November 2011 die Politik bis heute keine weitreichenden Konsequenzen ziehen will. Und wie verhält sich die Öffentlichkeit? Hat sich jenseits der Schlagzeilen überhaupt etwas verändert in Deutschland?

Mit Programm, Moderation, Einführungstexten und eingespielten Clips

zeigen die Jugendlichen eine politische Nachrichtensendung, die kritische Sichten auf die merkwürdig stille Abwicklung des Neonazi-Terrors zusammenstellt. Sie produzieren, um Gehör in der Öffentlichkeit zu finden – vermitteln andere Blickweisen, andere Bewertungen, andere Ängste und Erfahrungen, die allesamt in unserer Medienöffentlichkeit unterrepräsentiert sind.

Das Konzept der akademie der autodidakten geht auf Shermin Langhoff zurück und schafft jungen MigrantInnen und PostmigrantInnen, von denen viele ohne akademische Ausbildung sind, Zugänge zur Kulturproduktion, insbesondere zur Theater-, Film- und Videoarbeit. Auch Workshops zur Rap- und Musikproduktion sowie zum szenischen Schreiben werden angeboten. Angeleitet werden die Jugendlichen immer von Profis. Die Entwicklung der akademie ist auch deshalb eine Erfolgsgeschichte, weil die Jugendlichen sich mit „Integration“ gar nicht zufrieden geben. Mit ihrer Kulturproduktion greifen sie kritisch und gestaltend in die öffentlichen Diskurse ein.

Den „Kulturinfarkt“ sollte man wohl eher in der Massenproduktion von „ästhetischen Erlebnissen in Warenform mit Willen zum Erfolg“ suchen...

Wolfgang Lenk,
Bezirksverordneter

* Die Autoren des zitierten Buches sind: Dieter Haselbach, Armin Klein, Pius Knüsel, Stephan Opitz.

Grüne Köpfe im Bezirk

Paula Riester auf dem Weg in den Bundestag

Erst Bundessprecherin der Grünen Jugend, dann Fraktionsprecherin in Friedrichshain-Kreuzberg, nun auf Listenplatz 5 für die Bundestagswahl

Seit über zehn Jahren ist Paula Mitglied in der bündnisgrünen Partei. Den Anstoß gab ein Schulprojekt, zu dem die Berlinerin in die Bremer Bürgerschaft eingeladen war, und von dort ging es direkt zur Grünen Jugend. Noch im Jahr 2002 stürzte sie sich in den Bundestagswahlkampf, nach dem Abi dann ins Jurastudium. Mittlerweile arbeitet die Volljuristin als Justiziarin in der Leibniz-Gemeinschaft.

Ab 2006 war sie für zwei Jahre eine der BundessprecherInnen der Grünen Jugend, anschließend wurde sie bei uns in Friedrichshain-Kreuzberg ins Bezirksparlament gewählt, mittlerweile ist sie eine der beiden Fraktionsprecherinnen.

Die Situation der Flüchtlinge

In der Bezirksverordnetenversammlung kümmert sie sich um Umwelt-, Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik. Ihr wichtigstes Thema ist jedoch die Situation der Flüchtlinge in Deutschland, eine Herzensangelegenheit, für die sie mit Leidenschaft kämpft. „Vor allem Kinder und Jugendliche, die hier aufwachsen, brauchen einen sicheren und dauerhaften Aufenthaltsstatus“, schreibt sie in ihrem Wahl-Aufruf, und im Gespräch gerät sie in Rage über eine unmenschliche Abschiebepolitik, die „Menschen, die hier aufgewachsen



Paula Riester

Foto: Christian Honnens

sind, zurückschickt in Länder, die sie überhaupt nicht kennen!“

Sie setzt sich ein für die doppelte Staatsbürgerschaft, und stellt in Frage – eine Diskussion, die sie seit ihrer Zeit in der Grünen Jugend nicht loslässt –, ob wir denn den ‚Nationalstaat‘ überhaupt brauchen.

In jedem Fall muss es Ziel sein, unsere Gesellschaft offener zu gestalten. Eine

Neuordnung des Verfassungsschutzes gehört ebenso dazu wie der Kampf gegen Rechts und eine lückenlose Aufklärung des NSU-Skandals. Und wegen dieser Themen will sie den Sprung in die Berufspolitik wagen. Wobei sie die Wirkungsmöglichkeiten, wie sie sagt, nicht allein im Gesetzgebungsverfahren sieht, sondern vor allem darin, eine Öffentlichkeit, ein öffentliches Bewusstsein zu

schaffen, und dabei mit Verbänden und Initiativen zusammen zu arbeiten.

Im Einsatz vor Ort

Ein paar Tage nach unserem Gespräch leitet sie mit ihrer Kollegin Jana die Fraktionssitzung, die diesmal im Flüchtlingsheim in der Stallschreiberstraße stattfindet. Sie hört konzentriert

zu und stellt dann ein paar präzise Fragen nach der Belegung der Zimmer und dem Bedarf an rechtlicher Unterstützung. Und wieder drei Tage später versucht sie schon früh am Morgen, die Zwangsräumung der Wohnung der Familie Gülbol zu verhindern. Angesichts eines massiven Polizeiaufgebots war der Versuch zum Scheitern verurteilt. „Mehrere hundert Polizisten und ein Polizeihubschrauber, um eine Gerichtsvollzieherin zu begleiten: Das ist zum Fenster herausgeschmissenes Geld!“, sagt Paula, und: „Trotz des Rückschlages werden wir uns auch weiterhin für die Familie und andere von Zwangsräumung bedrohte Menschen einsetzen.“

Auf der LMV

Auch in ihrer Rede bei der Landesmitgliederversammlung (LMV) kämpft Paula für ihre Themen. Beim Flüchtlingscamp am Oranienplatz „geht es um Menschenleben, nicht ums Zelten“, ruft sie, und setzt nach: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren!“ Nur mit Bündnis90/Die Grünen – „der letzten verbliebenen Bürgerrechtspartei“ – lässt sich der „Traum von einer offenen und gerechten Welt“ bewahren. Sie schließt mit dem Appell: „Lasst uns dieses Land, lasst uns unsere Welt gerechter machen!“

Henry Arnold

500 Millionen für mehr Stau

Bundestag beschließt die Finanzierung des Weiterbaus der A100

Mit dem Haushalt für 2013 hat der Bundestag die Finanzierung des Weiterbaus der A100 beschlossen. Für den Ausbau des stark umstrittenen Teilstücks zwischen Neukölln und Treptow soll nachträglich Geld in den Straßenbauplan eingestellt werden. Der geplante Weiterbau soll insgesamt 500 Millionen Euro kosten. Mindestens 13,3 Millionen davon muss Berlin tragen. Ein Entschließungsantrag des Friedrichshain-Kreuzberger Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele gegen die Bereitstellung der Finanzmittel und die Baufreigabe fand keine Mehrheit im Plenum.

„Dieses Geld könnte man viel sinnvoller in vernetzte Verkehrsinfrastruktur investieren als in einen Autobahnstummel“, sagt Stadtrat Hans Panhoff (Grüne). „Der Weiterbau der A100 ist und bleibt verkehrspolitischer Irrsinn.“ Der Neubau einer Autobahn quer durch die Stadt in einer Zeit, in der immer mehr Berliner auf ÖPNV umsatteln, sei nicht zu verantworten.

Den Weiterbau stoppen

„500 Millionen Euro für mehr Stau in der Innenstadt, das ist ein weiteres Negativ-Highlight schwarz-gelber Politik“, ergänzt Fraktionsprecherin Paula Riester. „Statt das Geld in den Ausbau von Bahn- und Fahrradinfrastruktur zu stecken, wird es in ein weiteres unsinniges Großprojekt gepumpt – BER lässt grüßen.“ Die BVV-Fraktion appelliert an den Senat, den Weiterbau des teuersten Autobahnprojektes Deutschlands zu stoppen.

Der Kampf gegen die A100 geht indessen weiter. Seit Ende letzten Jahres halten z. B. AktivistInnen Bäume in einer Kleingartenkolonie in Neukölln besetzt, die der A100 zum Opfer fallen sollen.

Katharina Buri

Landesmitgliederversammlung 16.02.2013



ListenkandidatInnen

Foto: ck

KOSMOS, Karl-Marx-Allee, 11 Uhr

Ganz allmählich füllen sich die Reihen, um 12:20 Uhr begrüßen Bettina Jarasch und Daniel Wesener die Anwesenden zum anstehenden Wahlmarathon der vorderen Listenplätze für die Bundestagswahl.

Katrin Göring-Eckardt zieht in ihrer Eröffnungsrede eine katastrophale Bilanz der Merkel-Regierung: Das Thema Gerechtigkeit ist zur Großbaustelle geworden. Die drängendsten Forderungen: Armutsbekämpfung durch eine andere Politik, die Garantierende, bezahlbarer Wohnraum. Weitere Schwerpunkte: Kampf gegen Rechts und ein Einsatz für mehr Zivilcourage. Minutenlang Beifall.

Es folgt ein Appell von Stefan Taschner für die Unterschriftenaktion zum Energietisch.

13 Uhr: Mittlerweile ist der Saal brechend voll, ca. 800 Berliner Grüne sind der Einladung gefolgt, und dennoch wird das satzungsmäßig geforderte Quorum von 15% aller MitgliederInnen knapp verfehlt. Es wird beschlossen, gemeinsam zu wählen. Die Delegierten sind aufgefordert, die getroffenen Entscheidungen anschließend zu bestätigen.

13:30 Uhr: Jede BewerberIn erhält 7 Minuten Zeit, um sich vorzustellen, plus 3 Minuten zur Beantwortung von Fragen.

Platz 1: Renate Künast erhält ohne Gegenkandidatur 73,9 % der Stimmen.

Platz 2: Özcan Mutlu, der die Bildungspolitik in den Mittelpunkt rückt, kann sich gegen zwei Mitbewerber durchsetzen. Kurzfristig sind fast 900 MitgliederInnen anwesend. Andreas Otto, der im 2. Wahlgang nur knapp hinter Özcan liegt,

verzichtet im 3. Wahlgang und wir sich später erfolgreich um Platz 4 bewerben.

Platz 3: Lisa Paus, die für eine Wirtschaftspolitik der sozialen Gerechtigkeit steht, erhält bereits im ersten Wahlgang 82,6% der 776 abgegebenen Stimmen.

Platz 4: Auch wenn Stefan Ziller – bei vier Bewerbern – im ersten Wahlgang nach einer Rede, die ebenfalls die Sozialpolitik zur zentralen Frage macht, noch mit einer Stimme vorne liegt, sichert sich Andreas Otto diesen Platz im 2. Wahlgang mit deutlichem Vorsprung.

Platz 5: Auf diesem Frauenplatz kandidieren Paula Riester (s.o.), Astrid Schneider und Nina Stahr. Bereits im ersten Wahlgang entscheidet die Friedrichshain-Kreuzbergerin die Wahl mit 55% der abgegebenen Stimmen für sich.

Platz 6: Dieser Platz ist hart umkämpft zwischen Stefan Ziller und Michael Schäfer. Bei zwischenzeitlicher Stimmengleichheit werden insgesamt 5 Wahlgänge erforderlich, am Ende hat Stefan ganz knapp die Nase vorn.

Mittlerweile ist es fast 17 Uhr, und die ersten 6 Listenplätze werden von den Delegierten bestätigt. Wolfgang Wieland, der nicht wieder antritt, wird mit großem Dank aus dem Bundestag verabschiedet.

Nach kurzer Unterbrechung werden die Plätze 7 (Nina Stahr), 8 (Michael Schäfer) und 9 (Müjgan Percin) vergeben.

19:35 Uhr: Nach über 7 Stunden wünschen Bettina und Daniel allen einen guten Heimweg.

h.a.

Man mordet das Volk

Vor 165 Jahren erfasste eine Revolutionswelle mehrere Hauptstädte Europas. Auch in Berlin wurde verbissen um eine politische Neugestaltung gekämpft.

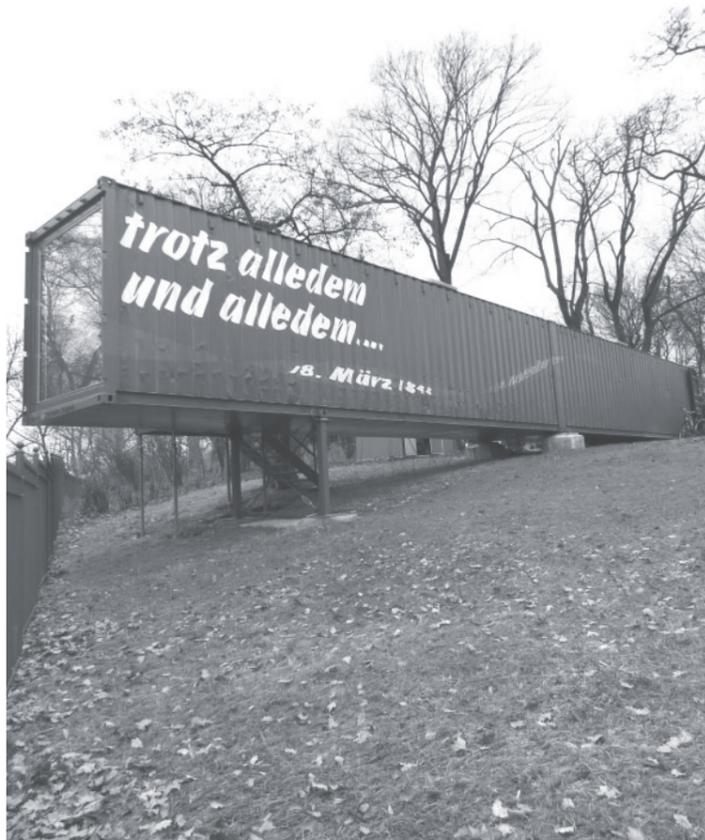
Der Schlosserlehrling Ernst Zinna griff nach dem Säbel seines Großvaters. Dann eilte er zur Barrikade in der Jägerstraße, unweit des Gendarmenmarktes. Soldaten näherten sich der Sperre. Als deren Verteidiger die Übermacht des Militärs erkannten, flohen sie. Einzig Ernst Zinna und dessen Freund Heinrich Glasewaldt suchten den Kampf. Ein blutiger Schlagabtausch folgte, den der junge Schlosserlehrling nicht überlebte. Ernst Zinna ahnte an diesem 18. März 1848 nicht, dass er in ferner Zukunft eine Symbolfigur des Aufstandes gegen die herrschenden Verhältnisse werden sollte. Was trieb ihn damals auf die Straße?

Eine Stadt in Armut und mit politischem Elan

Berlin war zu jener Zeit eine von Armut geprägte Stadt. Hungerrevolten führten zu Plünderungen von Marktständen, Bäckereien und Kaffeehäusern. Die Kaffeehäuser waren wiederum Treffpunkte politisch interessierter Bürger. Hier informierten Zeitungen über das Geschehen im In- und Ausland. So erfuhren die Menschen von revolutionären Vorgängen in anderen Teilen Europas: Bereits Ende 1847 hatte es in der Schweiz einen Bürgerkrieg gegeben, in dem sich eine liberale Partei gegen einen konservativen Widerpart durchsetzen konnte. Die Ausarbeitung einer liberalen Verfassung folgte. Auch in Frankreich wurde gekämpft. Hier revoltierten Studenten, Arbeiter und ein liberal geprägtes Bürgertum gemeinsam gegen die Staatsmacht. Im Februar 1848 erfolgte der Rücktritt des französischen Monarchen. In den Berliner Kaffeehäusern diskutierten die Menschen begeistert über diese Nachrichten. Die Emotionen erfuhren eine Steigerung, als Demonstrationen für Reformen aus Mannheim, Heidelberg, Stuttgart und Darmstadt gemeldet wurden.

Die Tage vor dem Bürgerkrieg

Im Tiergarten gab es einen Ort, der Unzufriedene scheinbar magisch anzog. In den Zelten nannte sich das Areal mit Biergartenatmosphäre und



Ausstellungscontainer am Friedhof der Märzgefallenen

Foto: Alexander Jossifidis

Konzertbühne. Hierhin strömten die Menschen, um über politische Veränderungen zu debattieren. Am 13. März war ihre Zahl bereits auf zirka 20.000 Köpfe angewachsen. Unter den Versammelten befanden sich viele Arbeiter und Handwerker. Sie forderten nicht nur politische Reformen, sondern auch ökonomische Verbesserungen. Ihr Engagement unterstrich, dass die Protestbewegung auf einer breiten gesellschaftlichen Basis stand, bestehend aus liberal orientiertem Bürgertum und sozialistisch motivierter Arbeiterschaft.

Im Schloss herrschte Uneinigkeit über das Vorgehen gegen die Protestbewegung. König Friedrich Wilhelm IV. war umgeben von Hardlinern und dialogbereiten Ratgebern. Am 15. März erreichten Nachrichten vom Sturz des erkonservativen österreichischen Staatskanzlers Metternich die preußi-

sche Metropole. Seine Flucht aus Wien wurde im Berliner Schloss als Warnung verstanden: Ein militärischer Schlagabtausch musste nicht zwangsläufig erfolgreich sein. Daher rang sich der König dazu durch, die Pressefreiheit und eine Verfassung für Preußen zu versprechen. Am Morgen des 18. März wurden diese Zugeständnisse in der Stadt verbreitet. Es war der Tag, an dem politisch aufgehende Einwohner eine Kundgebung vor dem Schloss vereinbart hatten. Bereits um die Mittagszeit strömten die ersten Menschen zur Spreeinsel.

Der Bürgerkrieg

Da sich die Zugeständnisse der Regierung herumgesprochen hatten, brach Jubel aus, als sich Friedrich Wilhelm IV. auf dem Balkon seiner Residenz

der Menge zeigte. Alles schien sich in Wohlgefallen aufzulösen. Doch dann bemerkten Demonstranten zahlreiche Soldaten in der Nähe des Schlosses. Unruhe brach aus. In den vergangenen Tagen hatte es Auseinandersetzungen zwischen Zivilisten und Militärs gegeben. Es kam zu Tumult. Dies veranlasste den König, die Räumung des Platzes zu befehlen. Die Soldaten der Kavallerie zückten ihre Säbel und begannen mit der gewaltsamen Auflösung der Versammlung. Die Menschen flohen in die umliegenden Straßen und errichteten in aller Eile Barrikaden. Soldaten, die die Hindernisse wieder abbauen sollten, wurden von den umliegenden Fenstern und Häuserdächern mit allen erdenklichen Wurfgeschossen attackiert. Neue Sperren entstanden. Eine dieser Barrieren versuchte Ernst Zinna zu verteidigen. Der Bürgerkrieg tobte: Über 14 Stunden bekriegten sich bis zu 10000 Zivilisten und 12000 Soldaten. Friedrich Wilhelm IV. suchte schließlich die Deeskalation. Er ließ eine Proklamation „An meine lieben Berliner“ verbreiten, in der er seine Verhandlungsbereitschaft betonte und den Rückzug der Soldaten versprach. Die Aufständischen akzeptierten das Angebot des Monarchen. Die Kämpfe wurden eingestellt.

Berlin nach den Unruhen

Am 22. März organisierten Berlinerinnen und Berliner einen Trauerzug für ihre 183 erschossenen, erstochenen oder erschlagenen Freunde und Bekannten. Sie wurden vom Gendarmenmarkt zum Friedhof in den Friedrichshain gebracht. Dieser sollte in der Folgezeit ein zentraler Erinnerungsort der Märzrevolution werden. Der Trauerzug selbst kam einer politischen Machtdemonstration gleich. Nicht von ungefähr führte er am Stadtschloss vorbei.

Auf der politischen Ebene wurden Reformen eingeleitet. Es kam zur Wahl einer konstituierenden preußischen Nationalversammlung, in der erwartungsgemäß liberale Abgeordnete stark vertreten waren. In der Konsequenz verfasste die Nationalversammlung mehrere monarchiekritische Resolutionen: Es wurden das Gottesgnadentum des Königs kritisiert und die Unterordnung der Armee unter eine zukünftige Ver-

fassung gefordert. Der Widerstand des Königs wuchs und zwang zu Kompromissen. Überarbeitungen folgten, die ihrerseits Diskussionsbedarf provozierten. Folglich wurde die seit September im Konzerthaus auf dem Gendarmenmarkt tagende Nationalversammlung nur ansatzweise ihrer Rolle als Reformmotor gerecht. Während hinter klassizistischen Fassaden das Bürgertum debattierte, erfuhren die Arbeiter und Handwerker, die immerhin das Gros der Barrikadenkämpfer gestellt hatten, keine ökonomischen Verbesserungen. Dementsprechend frustriert reagierten viele. Sie fühlten sich weder vom konservativen Königshaus noch vom liberalen Bürgertum vertreten. Schriften, die in dieser Zeit beispielsweise Karl Marx verfasste und die den politischen Kampf der Arbeiterschaft unterstützten, fanden dagegen eine immer größere Resonanz.

Die Nationalversammlung verlor folglich an politischem Gewicht. Von der Monarchie nicht wirklich akzeptiert, erfolgte ihre plötzliche Auflösung am 9. November 1848 nahezu ohne Tumult. Das Königshaus hatte die Auflösung beschlossen und beorderte zur Sicherheit General von Wrangel in die Stadt. Er sollte mit seiner Armeeeinheit Ruhe und Ordnung garantieren. Ein zweiter Bürgerkrieg brach jedoch nicht mehr aus.

Mehrere Dutzend demokratisch denkende Menschen verließen nun das Land. Diejenigen, die diesen Schritt nicht gingen, wurden vom Staat bespitzelt. Sie mussten akzeptieren, dass bei jeder politisch motivierten Veranstaltung ein Polizist zugegen war, die Pressefreiheit eingeschränkt wurde und selbst das Schmücken von Gräbern getöteter Märzrevolutionäre unter Strafe stand. Ob Ernst Zinna das ahnte, als er am 18. März den Säbel seines Großvaters griff und entschlossen zur Barrikade in die Jägerstraße eilte?

Alexander Jossifidis

Auf dem Gelände des Friedhofs der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain informierte eine sehenswerte Ausstellung über die Ereignisse von vor 165 Jahren.

Schwerpunktthema: MultiKulti statt Nazis

Krieg den Palästen - Frieden den Häusern

Deutsche Übersetzung eines Textes des Flüchtlingsaktivisten Turgay Ulu. Der türkische Originaltext befindet sich auf Seite 12

Diejenigen, die Häuser, Dörfer, Städte, Einkaufszentren bauen, können selbst nicht leben an den Orten, die sie erbaut haben. Die Arbeiter_innen und armen Menschen, eben diejenigen, die gebaut haben, werden von einer gehobenen Schicht, die sich dort niederlässt, rausgeschmissen.

Migrant_innen, mittellose Menschen und Menschen mit niedrigem Einkommen, die jetzt in Kreuzberg leben, sollen von hier vertrieben werden. Diese Rausschüsse werden jedoch über einen indirekten Weg verwirklicht. Den Mieten in Kreuzberg werden monatlich um exorbitante Beträge erhöht. Es ist bekannt, dass die armen Menschen und jene mit niedrigem Einkommen diese schnellen Mietsteigerungen nicht werden bezahlen können.

In den 1960ern brauchte Deutschland billige Arbeitskräfte. Es wurden Angebote gemacht, um Mienenarbeiter und andere aus Ländern wie der Türkei hierher zu bringen, und es wurden Geschichten erzählt, dass die Menschen in Deutschland ein glückliches Leben haben würden. Jedoch wurde alles getan um diese Menschen wieder rauszuschmeißen, als der Bedarf nach deren Arbeitskraft nicht mehr vorhanden war.



Flüchtlingscamp Oranienplatz

Foto: ck

In Europa und Deutschland werden soziale Rechte mit jedem verstrichen Tag etwas mehr gekürzt. Menschen werden aus ihrer Arbeit und ihren Häusern geschmissen und sind dazu verurteilt auf der Straße zu leben. Für luxuriöse Gebäude und Einkaufszentren gibt es immer mehr Raum, während der Lebensraum der Menschen, die diese erbaut haben, jeden Tag enger wird. Arbeitende, Arbeitslose und Wohnungs-

lose sind dazu verdammt in Isolation zu leben.

Aufgrund der ungerechten Kriege und unmenschlichen Ausbeutung sind jene Menschen, die heute davon betroffen sind, hierher gekommen. Tag und Nacht arbeitend, machen sie die dreckigste Arbeit, haben sich ein Leben aufgebaut und sollen nun von den Orten die sie sich mühevoll schufen, vertrieben werden.

Als Flüchtlinge, die wir in Lagern leben müssen, die Teil dieses kapitalistischen Isolationssystems sind, gingen wir auf die Straßen, um gegen dieses System zu rebellieren. Einen Monat lang liefen wir nach Berlin und als wir ankamen sahen wir, dass die Menschen in Kreuzberg auch wie wir ein Zelt aufgestellt haben und gegen hohe Mieten und Vertreibung aus ihren Wohnungen protestieren. Wir teilen ein Schicksal und wir vereinen unsere Stimmen und Kräfte gegen die Besitzer der luxuriösen Gebäude. Der Kampf gegen hohe Mieten und die Vertreibung aus den Wohnungen sowie gegen Flüchtlingslager, Abschiebungen und gegen das Gutscheinsystem lehnt sich gegen die gleichen Ursachen auf. Dies ist als Klassenkampf zu verstehen. Wir akzeptieren das jämmerliche Leben in den Lagern nicht und sind auf die Straße gegangen, wo wir nun ein kollektives Leben aufbauen. Wir zeigen die Schuldigen durch unsere Besetzungen auf. Wir leben in Zelten und besetzen Leerstand.

Arbeiter_innen, Arbeitslose, Flüchtlinge und Migrant_innen werden aus ihren Lebensräumen vertrieben, wobei es sich gleichzeitig um eine rassistische Praxis handelt. Bis auf eine handvoll Bourgeoiser sind die Menschen dazu

verurteilt in abgelegenen Gegenden zu wohnen. Die Städte sollen geradezu von den Armen gesäubert werden. Um das luxuriöse Leben und die Ruhe der Besitzenden nicht zu stören, sollen wir vertrieben werden. Auf den Straßen, auf die wir nun gesetzt wurden, kommen wir zusammen und leisten gemeinsamen Widerstand. Durch Rebellion, Besetzung, das Aufstellen von Zelten in den Städten werden wir weiterhin die Ruhe der Besitzenden stören. Wir werden keine hohen Mieten zahlen, die Häuser, aus denen wir geschmissen werden sollen, besetzen wir ebenso wie Schulen und lassen uns nicht von hier vertreiben. Wir werden auch nicht zulassen, dass unsere Nachbarn mit Gewalt aus ihrer Wohnung geschmissen werden.

Vor dem Haus unserer Nachbarn, die gezwungen werden sollen ihre Wohnung zu verlassen, versammeln wir uns und verhindern Räumungen. Wenn sie unsere Zelte auf der Straße abreißen wollen, werden wir das nicht zulassen. Fabriken, Häuser und Straßen werden von uns geschaffen, und wir sind es die das Recht haben hier zu leben.

Es lebe unser kollektiver Kampf für mehr Menschlichkeit.

Turgay Ulu

Die West Side Gallery kommt

Voraussichtlich ab diesem Sommer wird auf der Rückseite der East Side Gallery auf eine ganz besondere Art Kunst präsentiert. Das hat das Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksparlament auf Antrag der Grünen in seiner Januar-Sitzung beschlossen.

1300 Meter lang ist die Hinterlandmauer zwischen Oberbaumbrücke und Stralauer Platz. Zur Mühlenstraße hin bildet sie mit der East Side Gallery eine der berühmtesten Open-Air-Kunstmeylen der Welt. Die spreewärtige Seite dagegen ist voller Tags und mit zahllosen Kritzeleien bedeckt, die das Publikum seit der Sanierung 2009 dort hinterlassen hat. Jungfräulich weiß, wie der Denkmalschutz das Mauerstück an der Spree gerne sähe, ist es schon lange nicht mehr. Weshalb die Idee, neben der East Side Gallery auf der Rückseite auch eine West Side Gallery künstlerisch zu bespielen, zunehmend Gestalt annimmt.

Ursprünglich stammt die Idee bereits aus der Zeit vor der Sanierung. Spiritus rector war seinerzeit der Fotograf Kai Wiedenhöfer mit dem Vorschlag, in einer Ausstellung „Wall-on-Wall“ Bilder des israelischen Grenzzauns auf das Mauerstück aufzutragen. Sein Konzept löste damals hitzige Debatten aus. Von der Gefahr einer missverständlichen Rezeption und einer unangemessenen Gleichsetzung des diktatorischen DDR-Regimes mit dem israelischen Grenzregime bis hin zum Antisemitismusvorwurf wurden Argumente ins Feld geführt. Die Ausstellung wurde schließlich nicht realisiert.

Plakate kleistern statt Bilder hängen

Gleichwohl war damit der Ball ins Rollen gebracht. Mit dem Beschluss eines grünen Antrags durch das Bezirksparlament im Dezember 2009 wurde



Fotokünstler und Kleistermeister. Kai Wiedenhöfer bei der Probeklebung im Spätherbst 2012

das Bezirksamt beauftragt, „ein künstlerisches Gesamtkonzept für den Umgang mit der Fläche der spreezugewandten Seite der ehemaligen Hinterlandmauer an der Mühlenstraße vorzulegen“. Es folgten intensive Gespräche zwischen Bezirks- und Landesebene. Schließlich gab es im Sommer 2011 grünes Licht für die Verwirklichung einer West Side Gallery – vorausgesetzt die Kunstpräsentationen finden ohne materiellen

Eingriff in die Mauersubstanz statt Kleistern statt Nageln ist also seitdem die künstlerische Herausforderung der besonderen Art.

Kai Wiedenhöfer will sich ihr stellen. Zwischenzeitlich ist der mit dem World Press Award ausgezeichnete Fotograf von seinen Reisen zurück und hat ein erweitertes Konzept „Wall-on-Wall“ mitgebracht: Auf einer Länge von 350 Metern sollen 35 Panoramabilder von

acht bedeutenden Grenzregimes auf der West Side Gallery plakatiert werden. Die Bilder von der Greenline in Zy-

pern, vom Grenzzaun USA/Mexiko, der Peaceline in Belfast, der israelisch-palästinensischen Mauer und anderen mehr werden auf normalem Plakatpapier mit Tapetenleim aufgebracht, so dass die Mauersubstanz nicht beschädigt wird. Eine Probeklebung vergangenen Spätherbst konnte nach 14 Tagen rückstandslos wieder entfernt werden.

Reflexion über Mauern und Grenzen

Wiedenhöfers Ausstellung „Wall-on-Wall“ soll im Frühsommer den Auftakt für die künstlerische Bespielung der West Side Gallery bilden. Alle weiteren Präsentationen auf dieser international hochspannenden Freifläche sollen als Wettbewerb ausgelobt und von einer Jury ausgewählt werden. So lautet der grüne Antrag, den das Bezirksparlament in seiner Sitzung am 30. Januar verabschiedet hat. Wünschenswert wären zwei temporäre Ausstellungen im Jahr, die sich in der künstlerischen Reflexion mit den Themen Mauern und Grenzen weltweit auseinandersetzen.

Kristine Jaath,
Vorsteherin der
Bezirksverordnetenversammlung und
Mitglied im Ausschuss für Kultur und
Bildung

Foto: Kristine Jaath

Schwerpunktthema: MultiKulti statt Nazis

Saraylara Savaş Kulübelere Barış

Originaltext des Flüchtlingsaktivisten Turgay Ulu. Die deutsche Übersetzung befindet sich auf Seite 11.

Evleri, sokakları, köyleri, şehirleri, alışveriş merkezlerini inşa edenler, kendilerinin inşa ettikleri bu yerlerde yaşayamazlar. İşçilerin ve yoksulların inşa ettikleri bu yerlere burjuvalar yerleşirler ve buraları inşa edenleri dışarı atarlar.

Şimdi Berlin Kreuzberg'te yaşamakta olan göçmenler, yoksullar ve dar gelirli buralardan atılmak isteniyor. Ancak bu dışarı atma işlemi dolaylı bir yoldan gerçekleştiriliyor. Kreuzberg'deki ev kiralalarına her ay aşırı miktarlarda zam yapılıyor. Hızla artan bu kiralaları yoksulların ve dar gelirli buralardan atmak için her şeyi yapıyorlar.

1960'lı yıllarda Almanya'nın ucuz iş gücüne ihtiyacı vardı. Türkiye gibi ülkelerden maden işçilerini ve diğer işçileri buralara getirmek için teşvikler yaptılar ve Almanya'da çalışanların zevk ve sefa içinde yaşadıklarına dair şehir hikayeleri uydurdular. Fakat işgücüne olan ihtiyaçları kalmayınca bu insanları buralardan atmak için her şeyi yaptılar.

Avrupa'da ve Almanya'da sosyal haklar her geçen gün biraz daha kısıtlanıyor. İnsanlar işlerinden ve evlerinden atılarak sokakta yaşamaya mahkum ediliyor. Lüks binaların, alışveriş merkezlerinin özgürlükleri genişletirken buraları inşa edenlerin yaşam alanları her geçen gün daraltılıyor. İşçiler, işsizler ve evsizler izolasyon içinde yaşamaya mahkum ediliyor.

Bu gün Kreuzberg'de evlerinden atılmak istenen insanlar gene onları atan burjuvaların çıkardıkları haksız savaşlar ve sömürgecilik nedeniyle buralara gelmişler. Gece gündüz çalışarak, en pis işleri yaparak bir yaşam kurmuşlar ve şimdi zorlukla inşa ettikleri bu yaşam alanlarından uzaklaştırılmak isteniyorlar.

Kapitalist izolasyon sisteminin diğer bir modeli olan mülteci kamplarında yaşayan mülteciler olarak, bize dayatılan bu izolasyon sistemine karşı isyan ettik ve sokaklara döktük. Bir ay yürüyerek Berlin'e geldik ve gördük ki Ber-

lin Kreuzberg'deki insanlar da bizim gibi çadır kurup yüksek ev kiralalarına karşı ve evden atılmaya karşı direniş yapıyorlar. Ortak bir kaderi paylaşıyoruz ve lüks bina sahiplerine, burjuvalara karşı sokaklarda seslerimizi ve güçlerimizi birleştiriyoruz. Yüksek kiralalara karşı ve evden atılmaya karşı mücadele ile mülteci kamplarına, sınır dışı etmele-re, gutschahinlere karşı verilen mücadele aynı nedenlere dayanıyor. Bu bir sınıf mücadelesidir.

Bizler izolasyon kamplarında sefil bir hayat sürdürmeyi kabul etmedik ve sokaklara döktük, sokaklarda kolektif bir yaşam inşa ediyoruz. İşgal yaparak suçluları teşhir ediyoruz. Çadırlarda yaşıyoruz, boş binaları işgal ediyoruz.

İşçiler, işsizler, mülteciler ve göçmenlerin yaşam alanlarının dışına atılmaları aynı zamanda ırkçı bir uygulamadır.

Bir avuç burjuvazi dışında kalan insanlar gözden irak kenar bölgelerde yaşamaya mahkum ediliyor. Şehirler adeta yoksullardan temizlenmek isteniyor. Burjuvaların lüks yaşam alanlarını ve rahatlarını bozmayalım diye bizi dışarı atmak istiyorlar. Biz de atıldığımız sokaklarda birleşerek direniyoruz ve isyan ediyoruz.

İsyan ederek, işgal ederek, şehirlerin sokaklarında çadırlar kurarak burjuvaların rahatlarını bozmaya devam edeceğiz. Yüksek kiralaları ödemeyeceğiz, bizleri atmak istedikleri evleri, okulları işgal ederek buraları terketmeyeceğiz. Komşumuzun evinden zorla atılmasına izin vermeyeceğiz.

Zorla evinden çıkartılmak istenen komşularımızın evlerinin önüne toplanıp bloka edeceğiz. Sokakta kurduğumuz çadırları yıkmak isterlerse onlara izin vermeyeceğiz. İşgal ettiğimiz yerlere kira ödemeyeceğiz, sokakları terketmeyeceğiz. Fabrikaları, evleri, sokakları biz inşa ediyoruz ve burada yaşama hakkuna da biz sahibiz.

Yaşasın İnsanlaşma Ve Ortaklaşma Mücadelemiz.

Turgay Ulu

Anzeige

LPG BioMarkt

fair & regional seit 1994

Willkommen im Bio-Paradies

Milch	1l	ab	0,86 €*	Honig	500g	ab	4,39 €*
Wein	0,75l	ab	2,29 €*	Brot	1kg	ab	1,99 €*
Bananen	1kg	ab	1,49 €*	Müsli	1kg	ab	2,49 €*

**Dauertiefpreis gültig für Mitglieder*

Kreuzberg: Mehringdamm 20 & Reichenberger Str. 37
Friedenau: Hauptstraße 78 **Charlottenburg:** Kaiserdamm 12
Treptow: Bouchéstr. 12 **Prenzlberg:** Kollwitzstr. 17

lpg-biomarkt.de